

97-84154-18

Lenz, J.

Aktuelle Probleme der
proletarischen Politik

Berlin

1927

97-84154-18

MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308

Z

Box 658 Lenz, J

... Aktuelle probleme der proletarischen politik; ein elementarkursus, von J. Lenz. Berlin, Vereinigung internationaler verlagsanstalten, 1927.

88 p. 22^{cm}. (Elementarbücher des proletarischen klassenkampfes. bd. 2)

"Dargestellt nach den beschlüssen der VII. erweiterten exekutive der komintern des XI. parteitages der KPD.

442558

RESTRICTIONS ON USE: Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm

REDUCTION RATIO: 11:1

IMAGE PLACEMENT: IA ☒ IIA IB IIB

DATE FILMED: 8/6/97

INITIALS: TLM

TRACKING #: 26441

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

**ELEMENTAR-
F B ÜCHER**
308
2
ref 58
DES B AND 2
**PROLETARISCHEN
KLASSENKAMPFES**

*Elementar-Kursus über
Aktuelle Probleme der
proletarischen Politik*

von J. Lenz.

*Dargestellt nach den Beschlüssen der VII. Erweiterten
Exekutive der Komintern und des XI. Parteitages der KPD.*

VEREINIGUNG INTERNATIONALER VERLAGS-ANSTALTEN

Elementarbücher des proletarischen Klassenkampfes

BAND 2

*Aktuelle Probleme der
proletarischen Politik*

Ein Elementarkursus
von

J. L E N Z

308

Z

Boy 658

1 9 2 7

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G.m.b.H.
Berlin SW 61

JUN 21 1944 PCR

Aktuelle Probleme der proletarischen Politik

*Dargestellt nach den Beschlüssen der VII. Erweiterten
Exekutive der Komintern und des XI. Parteitages der KPD.*

Ein Elementarkursus

1 9 2 7

*Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G.m.b.H.
Berlin SW 61*

INHALTSVERZEICHNIS

1. Abend: *Die proletarische Weltrevolution, die kapitalistische Stabilisierung und die Kriegsgefahr*

Vorwort	7
A. Die Epoche der Weltrevolution	9
B. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus	12
C. Die Gefahr des imperialistischen Krieges	17
I. Die chinesische Revolution	18
II. Der englisch-russische Konflikt	22
III. Die Stellung der Reformisten zur Kriegsgefahr	26
IV. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg	29

✧

2. Abend: *Die kapitalistische Rationalisierung und der deutsche Imperialismus*

A. Die Rationalisierung in Deutschland	32
B. Der neue deutsche Imperialismus	44

✧

3. Abend: *Bürgerblock, Faschismus und Sozialdemokratie*

A. Die Partei des Bürgerblocks	54
B. Grundlagen und Ziele der Bürgerblock-Regierung	59
C. Bürgerblock und Faschismus	61
D. Die Rolle der SPD	66

✧

4. Abend: *Die „linke“ SPD, die Radikalisierung der arbeitenden Massen und die Aufgaben der KPD*

A. Die Rolle der „linken“ SPD	73
B. Die Radikalisierung der werktätigen Massen	78
C. Die Aufgaben der KPD	82

VORWORT

Der 11. Parteitag der KPD in Essen hat beschlossen, daß in jeder Parteizelle ein Elementarkursus stattfinden soll, in der der politische Gehalt der Parteitagsbeschlüsse bis an das letzte Parteimitglied herangebracht wird. Denn es genügt bekanntlich nicht, Beschlüsse zu fassen, sie müssen durchgeführt werden. Die Durchführung aber liegt nicht allein bei den Parteileitungen, sondern bei allen den tausenden Mitgliedern der Partei. Um Beschlüsse durchführen zu können, muß man sie aber gründlich kennen und verstehen.

Die Herausgabe eines Kursusmaterials für diesen Zweck ist eine neue Aufgabe. Wenn in den tausenden Zellen der Partei ein solcher Kursus durchgeführt werden soll, dann brauchen wir tausende Kursuslehrer. Für diese Aufgabe müssen daher auch weniger geschulte untere Funktionäre herangezogen werden. Infolgedessen mußten wir bei diesem Kursusmaterial den höchsten Grad der Verständlichkeit anstreben. Wir haben uns daher nicht mit einer einfachen Disposition begnügt, sondern alle Probleme ausführlich in der Form von Frage und Antwort entwickelt. Dadurch hat dieses Büchlein zugleich den Vorzug, daß es sich auch für die Selbstbildungsarbeit eignet.

Eine besondere Schwierigkeit eines solchen Kursusmaterials, das aktuelle Probleme behandelt, liegt darin, daß das Aktuelle im Fluße, in der Entwicklung begriffen ist. In der Zeit von der Abfassung bis zur Veröffentlichung dieses Kursusmaterials wird sich manches in dem Stand der chinesischen Revolution, des englisch-russischen Konfliktes usw. geändert haben. Darum war es von vornherein notwendig, das Schwergewicht nicht auf die Mitteilung von Tatsachen, sondern auf die Darstellung der Grundlagen der Entwicklung und der Entwicklungstendenzen zu legen. Es ist die Aufgabe der Kursusleiter, die allgemeine Darstellung gemäß dem jeweiligen aktuellen Stand der politischen Ereignisse zu ergänzen. Es versteht sich von selbst, daß die

Kursuslehrer nicht an die schematische Wiedergabe der von uns formulierten Fragen gebunden sind. Unsere Fragestellung soll nur eine Anleitung geben, wie auf dem Wege von Frage und Antwort systematisch ein Gedankengang zu entwickeln und irrige Auffassungen zu widerlegen sind.

Wir bitten die Genossen, uns Fehler und Mängel, die sich beim Gebrauche unseres Materials herausstellen, und Vorschläge zu ihrer Abstellung mitzuteilen.

Agitpropabteilung des Zentralkomitees
der KPD.

Erster Abend:

Die proletarische Weltrevolution, die kapitalistische Stabilisierung und die Kriegsgefahr

A. Die Epocheder Weltrevolution

Wir leben im Zeitalter des sterbenden Kapitalismus und der beginnenden proletarischen Weltrevolution.

Lenin kennzeichnet den Imperialismus als die Epoche des sterbenden Kapitalismus und datiert seine Entstehung vom Ende des 19. Jahrhunderts, seitdem die Kartelle zur Grundlage des ganzen Wirtschaftslebens wurden.

Seit dem Beginn des imperialistischen Krieges 1914 ist es offenkundig geworden, daß der imperialistische Kapitalismus kein Prinzip des Fortschrittes bedeutet, sondern Zerstörung und Untergang. Die imperialistische Bourgeoisie hat weder die ökonomischen Probleme lösen können, die durch den Krieg gelöst werden sollten (vor allem die Frage der Absatzmärkte), noch die politischen Probleme (die verstärkte Kleinstaaterei in Europa, neue Zollschranken, statt Lösung der nationalen Fragen in Oesterreich, Deutschland usw., neue nationale Unterdrückung in der Tschechoslowakei, Polen usw.).

Das behaupten die Reformisten. Als Gen. Sinowjew auf der V. Erweiterten Exekutive (April 1925) von der „relativen Stabilisierung“ des Kapitalismus sprach, schrieb der „Vorwärts“: „Die Weltrevolution ist aus“.

Was ist die historische Bedeutung der gegenwärtigen Epoche?

Seit wann besteht die Epoche des „sterbenden“ Kapitalismus?

Seit wann ist der Niedergang des Kapitalismus in ein akutes Stadium getreten?

Ist die Weltrevolution „ausgeblieben“?

Wie müssen wir uns den Verlauf der Weltrevolution vorstellen?

Die Weltrevolution, die mit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland begonnen hat, ist ein gewaltiger historischer Prozeß, der jahrzehntelang dauern und sich in der Form von proletarischen und nationalen Revolutionen, jahrelangen Bürgerkriegen, Kriegen zwischen bürgerlichen und proletarischen Staaten vollziehen wird.

Warum ist ein internationaler Sieg der Arbeiterschaft auf einen Schlag unmöglich?

An dem Fortschreiten der Weltrevolution zweifeln diejenigen, die einen gleichzeitigen Sieg des Proletariats der entscheidenden Länder oder an eine rasche Aufeinanderfolge solcher Siege geglaubt haben. Eine solche Entwicklung ist aber im höchsten Maße unwahrscheinlich, wegen der von Lenin festgestellten Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung in den verschiedenen Ländern. Die wichtigste Voraussetzung einer revolutionären Massenbewegung ist eine alle arbeitenden Klassen umfassende wirtschaftliche Krise. Aber gerade die Phase des Niederganges des Kapitalismus in der Nachkriegszeit zeigt ein gleichzeitiges Nebeneinanderbestehen von Krise und Konjunktur in den einzelnen kapitalistischen Ländern. Im Rahmen des allgemeinen Niederganges profitiert ein kapitalistischer Staat an der Krise des anderen (z. B. langdauernde Hochkonjunktur in den USA. während des tiefsten Verfalls in Europa, Aufschwung in England während der Ruhrbesetzung, Aufschwung in Deutschland während des englischen Streiks).

Wer hat die Theorie von der Unmöglichkeit der Behauptung des proletarischen Sieges in ein oder mehreren Ländern vertreten?

Dies ist ein Bestandteil der Theorie der „permanenten Revolution“, die Genosse Trotzki vertritt. Er war der Meinung, daß ein „festes Regime der proletarischen Diktatur nur in Gesamt-Europa möglich“ ist. Er dachte daher bei der Verzögerung der Revolution in den anderen europäischen Ländern in jeder kritischen Situation der russischen Revolution an Verzweiflungsmaßnahmen. (Brest-Litowsk, Gewerkschaftsdebatte 1923, Diskussion 1925 und 1926.)

Seit dem ersten welthistorischen Sieg des Proletariats in Rußland 1917 hat das Proletariat in allen anderen Ländern eine ganze Reihe schwerer Niederlagen erlitten. Diese Niederlagen waren unvermeidlich, weil das Proletariat erst im Verlauf langer, schwerer Kämpfe die revolutionären Erfahrungen sammelt und sich die revolutionäre Partei schafft, die die Voraussetzung des Sieges sind. In diesem Sinne sehen wir auch in den Niederlagen des Proletariats Vorstufen seines unvermeidlichen Sieges.

Weil der Kapitalismus durch seine eigene Entwicklung die Kräfte der Revolution stärker fördert, als die Kräfte der Gegenrevolution, weil eine immer größer werdende Mehrheit der Völker der Welt am Sturze des Imperialismus interessiert ist und zum Klassenbewußtsein erwacht.

Ohne eine theoretisch klare und kampferprobte Kommunistische Partei ist kein erfolgreicher Kampf, keine Eroberung und keine Behauptung der proletarischen Diktatur, kein Aufbau des Sozialismus möglich. Ohne eine einheitliche feste Leitung der Kommunistischen Parteien der einzelnen Länder durch eine Internationale der Tat ist der Sieg über den internationalen Kapitalismus unmöglich.

1. Der Kapitalismus hat bereits die höchste Stufe seiner Entwicklung erreicht. Der imperialistische Kapitalismus, der die freie Konkurrenz immer mehr durch die Alleinherrschaft (Monopol) der Kartelle und Trusts ersetzt, ist nur mehr ein Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte. Die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung gerät in immer offenkundigeren Widerspruch zu den Lebensbedingungen der breiten Volksmassen.

2. Das Proletariat hat bereits auf einem Sechstel der Erde gesiegt und mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen.

Warum sind vorübergehende Niederlagen des Proletariats unvermeidlich?

Warum können wir den Sieg der Weltrevolution für gesichert halten? Welche Rolle spielt dabei die Komintern?

Was sind die Hauptmerkmale der gegenwärtigen Epoche.

3. Der Kapitalismus ist in alle zurückgebliebenen Länder eingedrungen und hat überall seine imperialistische Gewaltherrschaft aufgerichtet.

4. Die Kommunistische Internationale vereinigt den Klassenkampf des Proletariats in den fortgeschrittenen Ländern mit der nationalen Revolution der Kolonialvölker und der sozialistischen Aufbauarbeit der Sowjetunion zu einem einheitlichen Kampf gegen den Weltimperialismus.

5. Die Befreiungsbewegung der Kolonialvölker hat begonnen und bereits einen gewaltigen Umfang angenommen.

6. Die imperialistischen Gegensätze, die zwischen allen kapitalistischen Staaten ungemindert fortbestehen, werden überschattet durch den tiefsten und unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten und dem ersten proletarischen Staat.

B. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus

Wodurch ist innerhalb der Epoche der Weltrevolution die gegenwärtige Periode gekennzeichnet?

Durch die relative, teilweise Stabilisierung (d. i. Festigung) des Kapitalismus. Diese zeigt sich darin, daß die Bourgeoisie in einem der wichtigsten kapitalistischen Länder, den 1918—1920 und teilweise bis 1923 schwer erschütterten Staatsapparat wieder fest in die Hand bekommt und die tief zerrüttete Wirtschaft bis zu einem gewissen Grade zum erfolgreichen Funktionieren gebracht hat.

Ist das ein allgemeines Kennzeichen der gegenwärtigen Weltlage? —

Nein. Denn ausgenommen von der kapitalistischen Stabilisierung ist das Sechstel der Erde, auf dem das Proletariat herrscht und China, wo ein Viertel der Menschheit in einer unmittelbar revolutionären Situation steht.

Warum sprechen wir von einer relativen Stabilisierung?

Relativ heißt vergleichsweise. Von einer Stabilisierung kann nur die Rede sein im Vergleich zu der tiefen Zersetzung, die nach dem Kriege bestand, z. B. 1918—1920 in Deutschland, Italien,

Ungarn usw. und noch 1923 in Deutschland und Polen. Dagegen ist keineswegs in irgendeinem Lande Europas auch nur der Grad der Festigkeit erreicht, den das kapitalistische System vor 1914 hatte.

Die Reformisten. So entwickelte Hilferding die Theorie, daß der Weltkapitalismus eine neue Periode des allgemeinen Aufschwungs, der Entwicklung höherer, planmäßiger Organisationsformen erlebt. Ultralinke Führer, wie Maslow, die die Führung der Komintern beschuldigen, an eine absolute Stabilisierung zu glauben, verraten selbst diesen Glauben, indem sie von einer „permanenten“ (das heißt dauernden) Krise der Komintern sprechen und diese auf die kapitalistische Stabilisierung zurückzuführen.

Wer behauptet eine absolute Stabilisierung des Kapitalismus?

1. Durch die ökonomische Entwicklung und die Entwicklung des Klassenkampfes. Diese beiden Faktoren wirken aufeinander zurück in der Weise, daß die Verschärfung der ökonomischen Krise im allgemeinen die Klassenkämpfe steigert und umgekehrt, die Entfaltung des Klassenkampfes der Bourgeoisie die Ueberwindung der Krise erschwert. Von der Partei, als Führerin des Klassenkampfes, hängt daher die Dauer der Stabilisierung wesentlich ab.

Wodurch ist die Dauer der relativen Stabilisierung bestimmt?

2. Durch die Entwicklung der imperialistischen Gegensätze. Ein Krieg, selbst ein Wirtschaftskrieg oder auch solche Konflikte, wie die Ruhrbesetzung 1923, können jederzeit die relative Stabilisierung untergraben.

In den Ländern, wo die Stabilisierung besteht, steht nicht die Durchführung, sondern die Vorbereitung der Revolution auf der Tagesordnung. Der wichtigste Teil dieser Vorbereitungsarbeit ist aber die Gewinnung der Massen für die Revolution. Bestände eine unmittelbar revolutionäre Lage, müßte die Partei, ohne die Arbeit zur Gewinnung der Massen zu ver-

Was folgt aus dem Bestehen der Stabilisierung für die Taktik der Partei?

Wann ist eine unmittelbar revolutionäre Lage gegeben?

nachlässigen, diese Aufgabe mit der Mobilisierung der Massen zum direkten Kampf um die Macht verbinden.

Auf Grund einer allgemeinen tiefen Krise tritt eine unmittelbar revolutionäre Lage ein, wenn

1. die revolutionäre Partei die Mehrheit der revolutionären Klasse an den entscheidenden Punkten auf ihre Seite bringt;

2. wenn die bisherige Regierung politisch bankrott ist und die konterrevolutionären Kräfte in Verwirrung geraten;

3. die schwankenden Mittelschichten das Vertrauen zu den herrschenden Klassen verlieren und auf die Seite der revolutionären Klasse neigen. (Vergleiche Lenin „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ Wiener Ausgabe, Seite 61. „Die Kinderkrankheiten“, 10. Kapitel. — Eine solche Situation bestand z. B. im wesentlichen auf der Höhe der Inflationskrise 1923.)

Was ist eine objektiv revolutionäre Lage?

Gegenwärtig fehlen in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern die Voraussetzungen einer solchen unmittelbaren revolutionären Lage. Hingegen besteht eine objektiv revolutionäre Lage, d. h., eine solche Lage, in der es für die große Masse des arbeitenden Volkes keinen anderen Ausweg aus wachsender Not gibt als die Revolution.

Was sind die Hauptmerkmale der relativen Stabilisierung?

1. Steigerung der Produktion und des Absatzes,

2. Stabilisierung der Währung und Ordnung der Staatsfinanzen,

3. Wiederherstellung eines im Sinne der Bourgeoisie zuverläßigen Staatsapparates,

4. Abflauen der revolutionären Welle. (Konkretes Tatsachenmaterial über die kapitalistische Stabilisierung, siehe in dem Bericht des Genossen Bucharin auf der VII. Erweiterten Exekutive, „Inprekorr“, Sondernummer 52, Jahrg. 1926.)

Durch die Niederlage des Proletariats, durch die Spaltung der Arbeiterschaft infolge des Verates der Reformisten (Ungarn, Italien 1920, Deutschland 1923).

Wodurch wurde die Stabilisierung des Kapitalismus ermöglicht?

Die Sozialdemokratie hat die Niederlage des Proletariats und die Festigung der Kapitalsherrschaft nicht etwa allein dadurch verschuldet, daß sie sich über den Weg zur Ueberwindung des Kapitalismus getäuscht, unrichtige Kampfmethoden gegen den Kapitalismus vorgeschlagen hat, sondern sie hat bewußt das sozialistische Programm des Sturzes des Kapitalismus durch das Programm des Wiederaufbaues des Kapitalismus ersetzt. So hat Kautsky erklärt: „Man kann das Elend nicht sozialisieren“, „Die Wirtschaft“, d. h. die kapitalistische Wirtschaft, müsse erst wieder hergestellt werden, ehe die Lage der Arbeiterschaft gebessert werden könne.

Haben die Reformisten die Stabilisierung des Kapitalismus bewußt gefördert?

Die bedingungslose Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung ist zugleich die wirksamste Unterstützung der Stabilisierung. Denn die Rationalisierung ist die Methode, mit der die Kapitalisten gegenwärtig ihre Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterschaft stabilisieren.

Unterstützen die Reformisten auch heute noch die Stabilisierung des Kapitalismus?

Die Stabilisierung war nur möglich durch die gewaltsame Niederwerfung des Proletariats und ist nur möglich durch die dauernde Steigerung seiner Ausbeutung. Der geschlossene Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung beseitigt daher die wesentlichen Voraussetzungen der kapitalistischen Stabilisierung.

Müssen wir die kapitalistische Stabilisierung als unabänderliche Tatsache hinhemen?

Eine marxistische Partei muß von den Tatsachen ausgehen, nicht von unseren Wünschen. Die Hindernisse, die der Befreiung des Proletariats entgegenstehen, kann man nur überwinden, wenn man sie sieht, nicht wenn man vor ihnen die Augen schließt. (Vergleiche die Rede des Vertreters des EKKI auf dem XI. Parteitag, Inprekorr Nr. 27/28, 1927.) Die Ultralinken, die jede Stabilisierung leugnen (Weber-Kötter), flüchten vor der

Ist die Anerkennung der relativen Stabilisierung opportunistisch?

Bedeutet die kapitalistische Stabilisierung eine allgemeine Abschwächung der inneren Gegensätze des Kapitalismus?

Wirklichkeit und können von ihren Voraussetzungen aus die Kampfbedingungen und Aufgaben der Partei nicht richtig bestimmen.

Nein.

1. Die Bourgeoisie bezahlt eine teilweise vorübergehende Abschwächung der Klassenkämpfe mit einer dauernden wachsenden Verbreiterung und Vertiefung der Klassengegensätze. Z.B. gab es in Deutschland 1926 eine geringere Zahl von Arbeitskämpfen als in jedem vorangehenden Jahre. Aber die Rationalisierung, die vorübergehend die Widerstandskraft des Proletariats schwächt, hat zugleich das Massenelend so vertieft, so zahlreiche, früher selbständige Existenzen in das Proletariat hinabgestoßen und einen so großen Teil der Arbeiterschaft zu dauernder Erwerbslosigkeit verurteilt, daß an den nächsten revolutionären Kämpfen breitere Massen teilnehmen werden, als je zuvor.

2. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten und den Kolonialvölkern haben sich verschärft und erweitert. Auf die Niederlage der Freiheitskämpfe in Marokko und Syrien folgte der ungeheure Aufschwung der nationalen Revolution in China.

3. Der relativen, teilweisen, vorübergehenden Festigung des Kapitalismus steht eine wirkliche allgemeine Festigung der Sowjetunion gegenüber, die die Bürgschaft der Dauer in sich trägt, soweit sie nicht von Interventionskriegen unterbrochen wird. (Vergleiche die Tatsachenangaben im Referat des Vertreters des EKKI auf dem XI. Parteitag der KPD. Insbesondere ist zu betonen, daß die Prophezeiungen der russischen Opposition über wachsende Schwierigkeiten bei der Getreideaufbringung und eine verschärfte Wirtschaftskrise bereits durch die Tatsachen widerlegt sind.)

4. Die imperialistischen Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten sind

wohl momentan durch den alles überschattenden Gegensatz zwischen dem englischen Imperialismus und der Sowjetunion zurückgedrängt, aber keineswegs aus der Welt geschafft oder auch nur verringert. (Vergleiche die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe nach Nicaragua, eine Drohung nicht nur gegen Mexiko, sondern auch gegen England. Deutsch-polnischer Handelskrieg, Tangerkonflikt zwischen Frankreich und Spanien, Italien, im Hintergrund England. Ablehnung des amerikanischen Vorschlages auf Flottenabrüstung durch Frankreich und Italien, italienisches Vordringen auf dem Balkan, Albanienkonflikt zwischen Italien und Jugoslawien.) Die imperialistischen Gegensätze sind der Hauptgrund, warum es bisher noch nicht zu einer Intervention gegen die chinesische Revolution und gegen die Sowjetunion gekommen ist.

(Thesen des Essener Parteitages, § 1 u. 2.)

C. Die Gefahr des imperialistischen Krieges

Die pazifistische Völkerbundspropaganda, mit der vor allem die SPD. die Kriegsgefahr ableugnet oder ihre Bedeutung verringern will, dient in Wirklichkeit der Vorbereitung des Krieges, indem sie die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft schwächt. Die Kriegsgefahr ist im Wesen des imperialistischen Regimes begründet, weil die entgegengesetzten Interessen der gewaltigen kapitalistischen Monopolgebilde nicht anders als mit Waffengewalt ausgetragen werden können. Dazu kommt noch, der unüberbrückbare Gegensatz zwischen den imperialistischen Mächten auf der einen Seite und dem proletarischen Staat und den Kolonialvölkern auf der anderen Seite. Die Kriegsgefahr wird genügend bewiesen durch das Wettrüsten, das toller getrieben wird als vor 1914, durch die Entsendung von Kriegs-

Besteht eine ernste Kriegsgefahr?

Ist die Kriegsgefahr unmittelbar akut?

schiffen und Truppen nach China und Nicaragua, durch die englische Drohnote an Sowjetrußland und schließlich durch die krampfhaften Bemühungen aller imperialistischen Staaten, sich für den kommenden Krieg durch Bündnisse und Verträge Unterstützungen zu suchen.

Niemand kann voraussagen, wann ein Krieg ausbrechen wird. Es liegt gar nicht in der Macht der Imperialisten, den Zeitpunkt des Kriegeausbruches willkürlich zu bestimmen. So sagt Lenin in seiner Instruktion an die russische Delegation auf der Haager Friedenskonferenz 1922:

„An dem Beispiel der heutigen, sei es auch der geringfügigsten Konflikte, muß erklärt werden, wie der Krieg täglich ausbrechen kann wegen eines Streites zwischen England und Frankreich über irgendeine Detailfrage ihres Vertrages mit der Türkei oder zwischen Amerika und Japan wegen einer unbedeutenden Frage in einer beliebigen Frage des Stillen Ozeans oder zwischen anderen beliebigen Großmächten wegen Kolonial-, Zoll- oder allgemeinen Handelsstreitigkeiten.“

Das gilt allgemein und jederzeit im Zeitalter des Kapitalismus. Gegenwärtig aber ist die Kriegsgefahr besonders groß an zwei Punkten: China und die Sowjetunion.

I. DIE CHINESISCHE REVOLUTION

Welchen Charakter hat die chinesische Revolution?

Es ist eine nationale Revolution. Das heißt, eine Revolution, an der alle Klassen des Volkes beteiligt sind und die sich in erster Linie gegen die auswärtigen Imperialisten und ihre chinesischen Werkzeuge richtet.

Wie ist die Klassengliederung des chinesischen Volkes?

Von zirka 450 Millionen sind nur etwa zwei Millionen Industrieproletarier, 10 Millionen Heimarbeiter und Handwerker. Die einheimische Bourgeoisie ist eine ganz schmale Schicht. Auf dem Lande steht einer kleinen Minderheit von Groß-

grundbesitzern und reichen Bauern die Millionennasse armer Bauern, Pächter und Landarbeiter gegenüber.

In den Reihen der Revolution kämpfen Arbeiter, Bauern und Kleinbürger (kleinbürgerliche Intelligenz, Studenten). Die Bourgeoisie sympathisiert nur teilweise mit der Revolution, zum Teil steht sie offen auf der Seite der konterrevolutionären Militaristen, zum Teil sucht sie ein Kompromiß zwischen der nationalen Bewegung und den Imperialisten zu vermitteln. Das Proletariat spielt trotz seiner zahlenmäßigen Schwäche bereits eine führende Rolle, weil es in den wichtigsten Zentren, den großen Handelsstädten, zusammengeballt ist und die Waffe des Streikes und des Boykotts, also Kampfformen, die vor allem das Proletariat anwendet, von der größten Bedeutung sind.

1. Aufhebung der ungleichen Verträge, der Vorrechte der Ausländer, Herstellung der vollen Souveränität Chinas;

2. Sturz der militärischen Gewalthaber, Beseitigung der Ueberreste des Feudalismus, Schaffung eines einheitlichen demokratischen Staates;

1. für die Durchführung der nationalen Revolution, gegen jedes Kompromiß mit den Imperialisten, für die demokratische Diktatur der revolutionären Volksklassen;

2. für die freie Entfaltung der Arbeiterbewegung, Schaffung von Gewerkschaften, Sozialgesetzgebung, Achtstundentag usw.;

3. für die Enteignung des Großgrundbesitzes, Bewaffnung der Dorfarmut, Unterstützung der Bauernorganisationen und ihrer Forderungen.

Nein. Die Aufgaben einer bürgerlich-nationalen Revolution stehen zunächst im Vordergrund. Aber Lenin hat gelehrt, daß zwischen der bürgerlichen und proletarischen Revolution in unserer Zeit keine Schranke besteht, sondern daß das Proletariat, indem es an die Spitze der Revolution gegen den Feudalismus und Imperia-

Welche Rolle spielen die verschiedenen Klassen in der Revolution?

Was sind die Ziele der nationalen Revolution?

Wofür kämpft das chinesische Proletariat in der gegenwärtigen Etappe der Revolution?

Muß sich die chinesische nationale Bewegung auf eine bürgerliche Revolution beschränken?

lismus tritt, die Revolution über das Stadium der bürgerlichen Revolution hinausführt zur proletarischen Diktatur. Schon die Beschlüsse des II. Weltkongresses zur Kolonialfrage stellen ausdrücklich fest, daß die Kolonialvölker unter Führung des Proletariats im Bündnis mit der Sowjetunion zum Sozialismus gelangen können, ohne das Zwischenstadium eines eigenen nationalen Kapitalismus durchzumachen.

Die KP Chinas propagiert jetzt schon folgende Ziele, deren Verwirklichung einer späteren Etappe der Revolution zufallen wird:

1. Nationalisierung der Banken und Wasserstraßen;
2. Konfiskation der Großbetriebe, Bergwerke und so weiter, die in der Hand auswärtiger Imperialisten oder chinesischer Konterrevolutionäre sind;
3. Nationalisierung von Grund und Boden.

Welche Partei führt die nationale Revolution?

Die Kuo-Min-Tang, das ist eine nationale revolutionäre Volkspartei, die nach dem Programm von Sunjatsen die Befreiung Chinas im Bunde mit der Sowjetunion und der internationalen Arbeiterschaft anstrebt und die nationale mit der sozialen Befreiung verbinden will.

In welchem Verhältnis stehen die chinesischen Kommunisten zur Kuo-Min-Tang?

Die chinesischen Kommunisten bilden eine selbständige Partei, eine Sektion der Komintern nach den Grundsätzen des II. Weltkongresses. Sie sind aber zugleich Mitglieder der Kuo-Min-Tang und kämpfen innerhalb dieser Partei, um den linken Flügel, der sich auf die Arbeiter- und Bauernmassen stützt, zu stärken und den rechten bürgerlichen Flügel zurückzudrängen; nur so ist es möglich, die führende Rolle des Proletariats in der Revolution herzustellen, die Schwungkraft der Bewegung durch die Mobilisierung der Bauernmassen zu steigern und zu verhindern, daß der revolutionäre Bewegung durch ein Kompromiß mit den Imperialisten und die Aufrichtung eines bürgerlich-kapitalistischen

Chinas die Spitze abgebrochen wird. (Vergleiche die Resolution der VII. Erweiterten Exekutive über die Lage in China, „Inprekorr“, 7. Jahrgang, Nr. 16, Seite 332 u. ff. Konkrete Angaben über die wirtschaftliche und soziale Struktur Chinas siehe Informationsmaterial G 8. Ueber die historische Entwicklung Chinas siehe Wittvogel „Das erwachende China“.)

Kriegerische Handlungen haben bereits begonnen. Die chinesische Stadt Wanshien wurde bereits 1926 von englischen Kriegsschiffen bombardiert und zirka 5000 Chinesen getötet. Durch das Bombardement von Nanking im April 1927 wurden 7000 Chinesen getötet. Die in Schanghai gelandeten Truppen haben nicht nur das Gebiet der internationalen Konzession besetzt, sondern auch unbestritten chinesisches Gebiet. Auch der chinesische Bürgerkrieg hat den Charakter eines Interventionskrieges insofern, als die reaktionären Generäle sich ohne den Rückhalt an den imperialistischen Mächten (vor allem England und Japan), besonders ohne deren finanzielle Unterstützung, nicht behaupten können.

Welche Haltung nimmt England gegen China ein?

Die britische Diplomatie versucht gegenwärtig, die Methode der Verhandlungen mit der Methode bewaffneter Drohungen zu kombinieren. England fürchtet den Krieg, weil er, selbst wenn er erfolgreich wäre, den größten ökonomischen Schaden für England bedeuten würde. Insbesondere wenn es England nicht gelingt, die anderen imperialistischen Mächte zur Mitwirkung an der Intervention zu bewegen, dann würde ein englisch-chinesischer Krieg eine ungeheure Förderung aller Konkurrenten Englands bedeuten. Deshalb ist Englands Bemühen darauf gerichtet, einerseits eine imperialistische Einheitsfront gegen China herzustellen, andererseits die national-revolutionäre Bewegung durch Versprechungen und Gewaltdrohungen zu spalten und mit dem rechten Flügel zu einem Kompromiß zu kommen.

Warum schreckt England noch vor dem offenen Krieg zurück?

Welche britischen Interessen stehen in China auf dem Spiele?

1. Kapitalanlagen von Milliarden (in Schanghai allein auf 1,3 Milliarden geschätzt);

2. ein riesiger Absatzmarkt, insbesondere für Textilwaren (der Gesamt-Außenhandel Englands mit China betrug 1920 etwa 1,8 Milliarden und ist 1925 auf etwa 280 Millionen Mark gesunken);

3. Großbritanniens Ansehen als Kolonialmacht. Weitere Niederlagen Englands in China würden die Stellung Englands, vor allem in Indien, untergraben.

II. DER ENGLISCH-RUSSISCHE KONFLIKT

In welchem Verhältnis steht der russisch-englische Gegensatz zu den anderen imperialistischen Gegensätzen?

Von allen Gegensätzen zwischen den Staaten ist der russisch-englische der tiefste und schärfste. Das Verhältnis zu England und Rußland wird immer mehr bestimmend für alle Mächtegruppierungen und Gegensätze innerhalb der imperialistischen Welt.

Warum ist dieser Gegensatz der tiefste?

Weil es sich hier nicht um vorübergehende Interessengegensätze, nicht um den Gegensatz gewisser Interessen dieser Mächte handelt, sondern um die entgegengesetzten Grundsätze, auf die diese beiden Weltmächte aufgebaut sind, um den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Imperialismus und Sozialismus. Diese beiden Systeme können auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen. Der Entscheidungskampf zwischen ihnen ist unausbleiblich.

Warum ist der englisch-russische Gegensatz der schärfste?

Der prinzipielle unüberbrückbare Gegensatz besteht zwischen der Sowjetunion und allen imperialistischen Staaten. England aber ist durch diesen Gegensatz am schärfsten betroffen und hat darum die führende und treibende Rolle in der antibolschewistischen Front, weil das britische Weltreich von den in der Sowjetunion verkörperten revolutionären Kräften am stärksten, mehr als die anderen Weltmächte, bedroht ist.

1. Die national-revolutionäre Bewegung in Asien, vor allem in China, die durch das Beispiel und die Lehren der russischen Revolution mächtig gefördert wurde, bedroht am stärksten die Existenz des britischen Weltreichs.

2. Die Radikalisierung der englischen Arbeiterschaft, die 1926 im Generalstreik und in dem sieben Monate lang dauernden Bergarbeiterstreik einen mächtigen Ausdruck fand, erschüttert die Grundlage der Herrschaft der englischen Bourgeoisie. Die wesentlichste Ursache dieser Radikalisierung ist die in England seit Kriegsende herrschende chronische Wirtschaftskrise, sie wird gefördert durch den Einfluß der Komintern und der russischen Gewerkschaften. Die englische Bourgeoisie sieht nur die „russische Einmischung“.

3. Die Wirtschaftskrise mit ihrer Dauererwerbslosigkeit von mehr als einer Million Arbeitern macht die Frage der Absatzmärkte besonders dringend. Der gewaltige russische Absatzmarkt ist den Kapitalisten nur in dem von der Sowjetregierung durch das Außenhandelsmonopol gesteckten Rahmen zugänglich. Von der Niederbringung der Sowjetmacht erhoffen die Kapitalisten die Dawesierung Rußlands, die Öffnung eines gewaltigen Gebietes für Kapitalanlagen und Warenausfuhr.

Die Einkreisung Rußlands, die Herstellung einer imperialistischen Einheitsfront. Die britischen Imperialisten wissen, daß ein Krieg gegen Rußland zu einem Weltkrieg werden muß, bei dem Sowjetrußland auf Verbündete in jedem kapitalistischen Land und in allen Kolonialländern rechnen kann. Daher will England einen entscheidenden Kampf erst dann wagen, wenn es sich möglichst viele und starke Verbündete gesichert hat. Ähnlich wurde der Weltkrieg von der englischen Diplomatie durch jahrelange Bemühungen um die Einkreisung Deutschlands vorbereitet.

Was ist das nächste Ziel des britischen Imperialismus?

Welche Erfolge hat England auf diesem Wege bisher erzielt?

1. Der Pilsudski-Putsch im Mai 1926 in Polen wurde von dem englischen Gesandten gefördert. Seither schwenkt Polen immer deutlicher in die englische Antisowjetfront ein. Gegenwärtig wird von einer englischen Anleihe gesprochen, die dazu dienen soll, strategische Bahnen in den polnischen Ostgebieten zu bauen.

2. Der litauische Putsch im Dezember 1926 war von England angezettelt zu dem Zweck, um den litauisch-russischen Garantievertrag zu zerreißen und den Weg zu einem antirussischen Block der baltischen Staaten unter englischer Führung freizumachen.

3. Als Gegengabe für englische Versprechungen hat das faschistische Italien auf der Genfer Völkerbundtagung im März 1927 den Vertrag über Beßarabien ratifiziert. Der 1920 von England und Frankreich unterzeichnete Vertrag spricht das Rußland geraubte beßarabische Gebiet Rumänien zu und gewinnt erst durch die Ratifizierung Italiens völkerrechtliche Geltung. Dadurch wird die gegenwärtige von der Sowjetregierung niemals anerkannte russisch-rumänische Grenze unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.

4. Der wichtigste Erfolg ist die Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund durch den Locarno-Vertrag.

Durch den mit den Locarno-Verträgen eingeleiteten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund übernimmt Deutschland die Verpflichtung, einen Interventionskrieg des Völkerbundes gegen Rußland zu unterstützen. Die Artikel 15 und 16 des Völkerbundsvertrages fordern von jedem Bundesmitglied Unterstützung aller Kriegsmaßnahmen gegen den Staat, der vom Völkerbundsrat als Angreifer bezeichnet wird. Deutschland hat gegenüber dieser Verpflichtung den formellen, bedeutungslosen Vorbehalt ausbedungen, daß im Falle eines Krieges auf seine besondere Lage als ent-

waffnetes Land Rücksicht genommen werden soll. Das bedeutet weder die Ablehnung des Durchmarschrechtes, noch die Verweigerung von Kriegsunterstützung, sondern nur die Anmeldung der Rüstungsansprüche des deutschen Imperialismus.

Nein. Ein Hindernis bildet vor allem der deutsch-polnische, in zweiter Linie der polnisch-litauische Gegensatz. Die englische Diplomatie wendet alle Mittel an, um diese Gegensätze zu überbrücken. Erst wenn das gelungen ist, sind weitergehende Schritte Englands gegen Rußland zu erwarten.

Lettland hat sich im März 1927 durch einen Neutralitätsvertrag mit Rußland vorläufig den englischen Interventionsplänen entzogen.

Die Note, die der britische Außenminister Ende Februar 1927 an die Sowjetunion gerichtet hat, ist kein Ultimatum, d. h. sie enthält keine befristeten Forderungen, deren Nichterfüllung mit Abbruch der Beziehungen oder mit Kriegshandlungen beantwortet werden sollen. Sie hat einen propagandistischen Zweck, indem sie die Staatsmänner der Sowjetunion als Störer des Weltfriedens, als Anstifter aller revolutionären Bewegungen der Welt hinstellt. Die Kündigung des Handelsabkommens wird als nächste Maßnahme für die Zukunft in Aussicht gestellt, falls die Sowjetregierung ihre Politik nicht ändert. Die Absendung der Note in einem Zeitpunkt, in dem die englische Regierung sich noch nicht zum Abbruch der Beziehungen entschließen konnte, ist als Konzession an den rechten Flügel der Konservativen zu erklären, die den sofortigen Abbruch der Beziehungen fordern.

(Informationsmaterial II E 2.)

Ist die Einheitsfront gegen die Sowjetunion bereits vollendet?

Was bedeutet die Note Chamberlains an die Sowjetregierung?

Was ist die Bedeutung des Locarno-Vertrages?

III. DIE STELLUNG DER REFORMISTEN ZUR KRIEGSGEFAHR

Was ist die offizielle Stellung der Reformisten zur Kriegsgefahr?

Die Reformisten stellen die Kriegsgefahr mit Absicht als möglichst klein dar. Sie nähren die pazifistischen Illusionen, daß der Völkerbund den Krieg verhindern könnte. Sie wollen die Massen durch radikale Beschlüsse, jeden Krieg mit Generalstreik zu verhindern, beruhigen. (Solche Beschlüsse wurden gefaßt auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom und dem gemeinsamen Kongreß der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien im Haag 1922.)

Warum ist den Versprechungen der Reformisten, den Krieg durch Streik zu verhindern, nicht zu trauen?

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Sozialdemokratische Parteien, die die imperialistische Politik ihrer Bourgeoisie im Frieden unterstützen, obwohl sie der Vorbereitung des Krieges dient, werden sich derselben Politik nicht widersetzen, wenn sie zu ihrer notwendigen Konsequenz, zum imperialistischen Kriege, führt. Bei Kriegsausbruch ist jeder Kampf des Proletariats gegen die Regierung infolge der Aufbietung der gesamten Militärmacht und des zu erwartenden patriotischen Taumels der Massen tausendmal schwerer als in normalen Zeiten. „Sozialisten“, die 1914 bis 1918 den imperialistischen Krieg unterstützten, auch seither für alle Wehrerats stimmten, die imperialistische Außenpolitik bürgerlicher Regierungen als pazifistisch anpriesen und schon in normalen Zeiten den Klassenkampf durch die Koalitionspolitik ersetzen, werden in der viel kritischeren Situation bei Ausbruch eines Krieges noch viel weniger bereit und imstande sein, zum revolutionären Kampf überzugehen.

Kämpft die englische Arbeiterpartei gegen die Intervention in China?

Die Parlamentsfraktion hat allerdings mit 2 Stimmen Mehrheit beschlossen, die Zurückziehung der englischen Truppen zu fordern. Dies war jedoch eine Durchkreuzung der gesamten Politik der Führung durch den Druck der Massen. Die Meinung der offiziellen Führer kam zum

Ausdruck in dem Telegramm der Exekutive der Arbeiterpartei an die Kantonregierung, in dem die Forderung, sich aller Maßnahmen zu enthalten, die zum Kriege führen könnten, gleichmäßig an die britischen Imperialisten und an die chinesischen Revolutionäre gerichtet wird. Das bedeutet praktisch eine Parteinahme gegen die chinesische Revolution. Noch offener war die Erklärung von Thomas, wenn man Truppen schicke, sei es besser, viel als wenig Truppen zu schicken. Macdonald hat Chamberlains Memorandum in der Chinafrage im wesentlichen gebilligt. Die reformistischen Führer können nur so lange zwischen den kriegsfeindlichen Stimmungen der Massen und der Kriegspolitik der Regierung lavieren, als es noch nicht zum offenen Krieg gekommen ist.

Auch hier besteht derselbe Widerspruch zwischen der durch den Massendruck erzwungenen öffentlichen Haltung der Parlamentsfraktion und den Kundgebungen der reformistischen Führer. Die Fraktion hat zum Zeichen des Mißtrauens gegen Chamberlain beantragt, einen Posten seines Gehalts zu streichen. Dagegen haben Macdonald und Snowden in der Diskussion offen für Chamberlain, gegen die Sowjetunion, Stellung genommen.

Die SPD.-Presse nahm anfangs ganz im Sinne der Imperialisten gegen die „gelbe Gefahr“ Stellung. Erst unter dem Druck der Tatsachen und der Massenstimmung nahm sie eine Schwenkung zu scheinbarer Sympathie mit der nationalrevolutionären Bewegung vor. Aber die SPD. deckt voll und ganz die verräterische Haltung der englischen Sozialimperialisten und hat gemäß einer Anweisung des Sekretärs der II. Internationale, Friedrich Adler, den Brüsseler Kongreß der Kolonialvölker sabotiert und als „kommunistische Mache“ herabzusetzen versucht. Der „Vorwärts“ wendet sich mit der Parole

Wie verhält sich die Arbeiterpartei zu den Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion?

Wie steht die SPD zur chinesischen Revolution?

„Die Haut ist uns näher als das Hemd“ gegen eine aktive Solidarität mit der chinesischen Revolution. Ebenso spricht der „linke“ Levi.

Wie steht die SPD zur Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion?

Die offizielle Parole ist „Neutralität“. Die deutsche Arbeiterschaft soll weder für Rußland, noch für England Partei nehmen. Aber die ganze Völkerbundpropaganda der SPD. war eine Propaganda für die Westorientierung. Zu Chamberlains Note schrieb der sozialdemokratische Pressedienst, sie sei „eine letzte durchaus sachlich begründete Warnung an Sowjetrußland. Kann man mit gutem Gewissen diesen Standpunkt Chamberlains verurteilen? Nein! ... Wir Sozialdemokraten haben diesen Standpunkt zu unserem eigenen Kampf gegen die bolschewistische Zerstörungsarbeit an der internationalen Arbeiterbewegung stets vertreten und es wäre weder logisch noch aufrichtig, wenn wir gegenüber den Anklagen Chamberlains einen anderen Standpunkt annähmen.“

Und der „Vorwärts“ (Abendblatt vom 24. Februar 1927) schrieb, „daß die Arbeiter im konservativ regierten England heute immer noch bedeutend freier und besser leben als im bolschewistisch regierten Rußland“. Dem selben Zweck der Vorbereitung der Kriegsstimmung gegen die Sowjetunion dient der Schwindel mit den „Sowjetgranaten“.

Warum hat sich die SPD auf die antibolschewistische Politik festgelegt?

Die Erfolge der russischen Revolution sind die wirksamste Propaganda für den Kommunismus, gegen den Reformismus. Die Reformisten fürchten diese revolutionäre Propaganda, die ihre Stellung in der Arbeiterbewegung untergräbt, ebenso sehr wie die Bourgeoisie, die um ihre Klassenherrschaft zittert.

IV. DER KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG

Nein. Es gibt fortschrittliche Kriege, die die Befreiung der Arbeiterklasse fördern und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung beschleunigen, die allein Kriege unmöglich machen wird. Diesen fortschrittlichen Charakter hat jeder Krieg der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter. Daher muß das Proletariat nationalrevolutionäre Freiheitskriege und Kriege sozialistischer Staaten gegen kapitalistische unterstützen. Sein Kampf gilt jedem imperialistischen Krieg.

Ist das Proletariat grundsätzlich gegen jeden Krieg?

Beim Ausbruch eines imperialistischen Krieges versteht es jede Regierung, ihr Land als das angegriffene hinzustellen. Das hat der Weltkrieg 1914, aber auch schon der Deutsch-französische Krieg 1870/71 (Emser Depesche) gezeigt. Es ist für das Proletariat unmöglich, festzustellen, von wem die ersten feindlichen Handlungen ausgegangen sind. Genau so, wie bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten niemals festzustellen ist, wer den berechtigten „ersten Schuß“ abgegeben hat. Aber diese Frage ist für die Stellungnahme des Proletariats unerheblich. Für die Stellung zum Kriege ist nur wesentlich der soziale und politische Charakter der kriegführenden Mächte und die Ziele, die sie gemäß ihrer Klassenlage verfolgen.

Soll das Proletariat für den „angegriffenen“ gegen den „angreifenden“ Staat Stellung nehmen?

Wenn imperialistische Mächtigkeitsgruppen miteinander um Kolonien, Kapital- und Warenmärkte ringen, so muß das Proletariat jedes Landes zunächst den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufnehmen mit dem Ziele, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturze der Bourgeoisie zu verwandeln. Da der Sturz der Bourgeoisie durch ihre militärische Niederlage erleichtert wird und der konsequente Klassenkampf gegen eine kriegführende Regierung ihre militäri-

Wie muß sich das Proletariat in einem imperialistischen Kriege verhalten?

Wie steht das Proletariat zu einem revolutionären Krieg?

Mit welchen Mitteln muß das Proletariat heute schon die Kriegsgefahr bekämpfen?

Welche Kampfmethoden muß das Proletariat bei Ausbruch des Krieges anwenden?

sche Kraft schwächt, kämpft das Proletariat in einem imperialistischen Kriege für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie (revolutionärer Defaitismus). Erst nach dem Sturz der Bourgeoisie, nach der Ergreifung der Macht durch das Proletariat, wird das Proletariat das Vaterland gegen die auswärtigen Imperialisten verteidigen.

In dem Kriege eines unterdrückten Volkes gegen die imperialistischen Unterdrücker oder eines proletarischen Staates gegen kapitalistische, muß das Proletariat mit allen Mitteln die revolutionäre Macht gegen die Konterrevolutionäre unterstützen. Die SPD-Parole der Neutralität im englisch-chinesischen Konflikt ist ebenso verräterisch wie die Neutralität in einem Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmer.

1. Durch Aufklärung der werktätigen Massen über die Bedeutung der imperialistischen Politik, über Umfang und Schärfe der Kriegsgefahr, über die Notwendigkeit der Solidarität mit der Sowjetunion und den Kolonialvölkern;

2. durch Verstärkung der kommunistischen Zellen in den entscheidenden Betrieben (Schwerindustrie, Chemie, Transport) und der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften;

3. durch revolutionäre Propaganda in der bewaffneten Macht.

Es ist unmöglich, ein konkretes Aktionsprogramm für den Fall des Kriegsausbruches im einzelnen festzulegen. Wie jeder Klassenkampf, muß sich auch der Kampf gegen den Krieg nach der gegebenen Lage richten. Wenn das revolutionäre Proletariat stark genug ist, muß es durch den Generalstreik, der unvermeidlich in den bewaffneten Kampf umschlägt, den imperialistischen Krieg im Keime ersticken. In der Regel aber, wo das nicht möglich ist, müssen die Kommunisten die schärfste öffentliche Propaganda gegen den Krieg mit der intensivsten illegalen Arbeit zur Organisation der revolutionären Zel-

len verbinden und zum entscheidenden Schlage erst dann ausholen, wenn sich die Massenstimmung gegen den Krieg wendet.

Im allgemeinen, mit Ausnahme unmittelbarer revolutionärer Situationen, ist das revolutionäre Proletariat eine Minderheit innerhalb der werktätigen Massen. Beim Ausbruch eines Krieges wendet die Bourgeoisie im gesteigerten Maße alle Mittel an, um die Massen patriotisch aufzuheizen und jede revolutionäre Propaganda und Aktion mit den Gewaltmitteln, die der mit der Mobilisierung verbundene Ausnahmezustand ihr in die Hand gibt, zu unterdrücken. Daher ist bei Beginn eines Krieges die zeitweise Isolierung der revolutionären Vorhut, eine Stärkung des Einflusses der Sozialpatrioten wahrscheinlich. Die Schwierigkeit einer wirksamen internationalen Solidaritätsaktion zeigte der englische Bergarbeiterstreik. Selbst im zaristischen Rußland dauerte es trotz der mustergültigen Haltung der bolschewistischen Partei Jahre, ehe eine Massenaktion gegen den Krieg möglich war.

Weil die sofortige Verhinderung des Krieges durch eine proletarische Massenaktion in der Regel nicht möglich sein wird, dürfen sich die revolutionären Arbeiter dem Kriegsdienst nicht einzeln entziehen. Denn das würde bedeuten, daß man der Bourgeoisie die Schaffung einer zuverlässigen Armee erleichtert und die Bewaffnung der Arbeiter erschwert. Der Sturz der Bourgeoisie im Kriege ist nur möglich, wenn sich das Proletariat bewaffnet und ein Teil der Truppen auf seine Seite übergeht. Der Streik allein genügt nicht, weil die ganze Militärgewalt zur Niederwerfung jeder Streikbewegung eingesetzt wird. Darum ist einzig richtig die Parole Lenins: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg.

(Ueber die Stellung der Kommunisten zum Krieg siehe vor allem Lenin und Sinowjew „Gegen den Strom“.)

Warum sind am Anfang eines Krieges die Massen in der Regel für den Krieg?

Warum ist die pazifistische Lösung der Kriegsdienstverweigerung falsch?

Zweiter Abend:

Die kapitalistische Rationalisierung und der deutsche Imperialismus

A. Die Rationalisierung in Deutschland

Hat der deutsche Kapitalismus mit der Stabilisierung der Währung seine Krise überwunden?

Was waren die Wurzeln der Krise 1925-26?

Die Stabilisierungskrise, die im Winter 1923/24 einsetzte, wurde durch eine kurze Konjunkturperiode unterbrochen, die bis zum Sommer 1925 anhält. Im Herbst 1925 setzte die Krise mit gesteigerter Wucht ein.

1. Mit der Stabilisierung der Währung verschwand die durch die Inflation bewirkte Erleichterung des deutschen Exports. Es zeigte sich die geringe Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber den fortgeschrittenen Ländern, vor allem Amerika. Nachdem der erste Warenhunger im Inland, der als Rückschlag auf die Inflationsnot eintrat, gesättigt war, führten die Exportschwierigkeiten zu einer Absatzkrise.

2. Während der Inflation legte die Industrie, vor allem die Schwerindustrie, ihre Profite in „Sachwerten“ an, d. h. zum Ankauf und zur Ausdehnung von Betrieben. Dem vergrößerten Produktionsapparat stand ein eingeschrumpfter Absatzmarkt gegenüber.

3. Da ein zu großer Teil des Kapitals in den Betriebsanlagen fest angelegt war, fehlte das verfügbare Geldkapital, mit dessen Hilfe kapitalstärkige Unternehmungen über vorübergehende Absatzstockungen hinwegkommen. Diese Knappheit an flüssigem Kapital führte zu der besonders scharfen Krise auf dem Geld- und Kapitalmarkt, die sich in übermäßig hohen Zinsen und äußerst harten Bedingungen für Anleihen äußerte.

4. In der Inflationszeit waren Ramsch-Konzerne entstanden, unübersichtliche, durch kein wirtschaftliches Prinzip zusammengehaltene Riesengebilde (z. B. Stinnes-Konzern), die sich beim

Eintritt schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse als nicht lebensfähig erwiesen. Die Banken nützten die Kreditnot dieser Inflationskonzerne zur Zerstörung solcher ihrer Macht im Wege stehenden Gebilde aus.

In dem finanziellen Zusammenbruch (Konkurs) von 12 853 Unternehmungen von Oktober 1925 bis Juni 1926, Schließung zahlreicher Betriebe (77 Gruben im Ruhrgebiet in einem Jahre), Ausstoßung von zirka 2 Millionen Arbeitern aus dem Produktionsprozeß vom Oktober 1925 bis Januar 1926, Sinken der Aktienkurse im Durchschnitt unter 60 Prozent im Januar 1926 (Januar 1925 = 100).

Die deutschen Kapitalisten wollen trotz der erschwerten Konkurrenz auf dem Weltmarkt und der höheren Belastung der deutschen Wirtschaft mit Reparationszahlungen die Abhängigkeit vom ausländischen Kapital überwinden und für ein selbständiges deutsches Kapital den Platz auf dem Weltmarkt zurückerobern.

1. Aufhebung der Verschuldung ans Ausland.

2. Verbesserung des Produktionsapparates zur Erreichung der vollen Konkurrenzfähigkeit, und zwar aus eigenen Mitteln des deutschen Kapitals, nicht auf Kosten neuer großer Verschuldung.

3. Kapitalexport ins Ausland, um durch Finanzierung des Außenhandels mit kapitalschwachen Ländern den Warenexport zu steigern und durch die Zinsen auswärtiger Kapitalsanlagen die Belastung mit den Daweszahlungen aufzuheben.

Die Kapitalisten können sich dieses Kapital nur durch eine bedeutende Steigerung des Profites verschaffen. Da der deutsche Kapitalismus unter schwereren Bedingungen arbeitet, als seine mächtigeren imperialistischen Konkurrenten (Belastung mit Reparationszahlungen, auswärtige Wirtschaftskontrolle auf Grund des Dawesplanes, das Fehlen von Kolonien, Verlust des größten Teiles der vor dem Kriege im Ausland angelegten

Wie äußerte sich die Krise?

Welches Ziel verfolgten die Kapitalisten bei der Überwindung der Krise?

Was ist zur Erreichung dieses Zieles notwendig?

Woher soll das Kapital für alle diese Zwecke kommen?

Wovon hängt die Höhe des Profits ab?

Kapitalien, Fehlen einer militärischen Macht zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen) muß die Profitrate (d. h. das Verhältnis des Profites zu dem in der Produktion angelegten Kapital) in Deutschland über den internationalen Durchschnitt gesteigert werden.

Der Profit entsteht dadurch, daß der Arbeiter einen größeren Wert erzeugt, als er durch den Lohn ersetzt erhält.

Infolgedessen können die Kapitalisten die Waren immer zu einem Preise verkaufen, der höher ist, als ihre Produktionskosten. Denn in diesem steckt der Arbeitslohn, der immer kleiner ist, als der von den Arbeitern erzeugte Wert. Die Höhe des Profites hängt daher ab

1. von der Masse der erzeugten Werte, die vom Kapitalisten verkauft werden können;
2. von der Höhe der erzielten Preise;
3. von der Höhe der Produktionskosten, die der Kapitalist zu zahlen hat.

Konnten die deutschen Kapitalisten die Masse der erzeugten Produkte wesentlich steigern?

Dieser Weg ist durch die Absatzschwierigkeiten verschlossen. Die Krise entsprang ja daraus, daß schon der vorhandene Produktionsapparat nicht voll ausgenützt werden konnte. Die Kapitalisten haben sich zunächst eine gewisse „Einschrumpfung“ des Produktionsapparates auferlegt und eine Steigerung der Produktion erst in der fernerer Perspektive ins Auge gefaßt.

Konnten die Kapitalisten durch Preiserhöhung ihre Profite wesentlich steigern?

Die Absatzschwierigkeiten der Krise drücken auf die Preise. Diese sind aber trotzdem durch die Kartellorganisationen im großen und ganzen auf ihrer Höhe gehalten worden. Eine Steigerung hätte die Absatzmöglichkeit noch mehr eingeschränkt.

Was blieb als Mittel zur Steigerung der Profite übrig?

Die Senkung der Produktionskosten

Worin bestehen die Produktionskosten der Kapitalisten?

1. in Ausgaben für tote Produktionsmittel (Maschinen, Rohstoffe, Fabrikanlagen usw.), das sogenannte konstante Kapital;

2. in Arbeitslohn, variables Kapital.

Gerade bei den wichtigsten Rohstoffen, Kohle und Eisen, bestehen die stärksten und umfassendsten Kapitalsorganisationen (Syndikate und Kartelle), welche die Preise systematisch hochhalten. Nur in der Textilindustrie spielt die Senkung der Baumwollpreise Ende 1926 eine gewisse, aber keineswegs entscheidende Rolle. Von einer Senkung der Kosten anderer Produktionsmittel war keine Rede. Außerdem bewirkt eine Senkung der Kosten für das konstante Kapital in der Regel sehr rasch eine entsprechende Senkung der Preise des fertigen Produkts, so daß auf diesem Wege keine Profitsteigerung entsteht.

Durch die Verringerung des Anteiles des Arbeiters am Produkt.

Sind die Produktionsmittel, Maschinen, Rohstoffe usw. billiger geworden?

Wodurch allein konnten also die Produktionskosten gesenkt werden?

Gewiß haben technische Verbesserungen in vielen Industriezweigen (z. B. Ruhrbergbau, Chemie, Elektrotechnik) bei der Herabdrückung der Produktionskosten eine große Rolle gespielt. Aber auch die Verbesserungen der Maschinerie ermäßigen nur dann die Produktionskosten des Kapitalisten, wenn durch sie Arbeitskräfte und damit Arbeitslohn erspart wird. Die verbesserte Maschinerie ist in der Regel teurer, als die bisher verwandte, und sie rentiert sich nur dann, wenn ihre Mehrkosten geringer sind als der Arbeitslohn, der durch ihre Anwendung erspart wird. Die technischen Verbesserungen bedeuten im kapitalistischen System Ersparnisse auf Kosten der Arbeiter, nämlich auf Kosten derjenigen Arbeiter, die aus dem Produktionsprozeß hinausgestoßen werden. Insbesondere, wenn, wie das gegenwärtig in Deutschland der Fall ist, der technische Fortschritt nicht mit einer Steigerung der Produktion verbunden ist, wird er zu einer Ursache der Massenerwerbslosigkeit.

Sind die Produktionskosten nicht vor allem durch den technischen Fortschritt gesunken?

Durch welche andere Methoden wurden die Produktionskosten gesenkt?

Gehört diese Kapitaloffensive zur kapitalistischen Rationalisierung?

Was bedeutet das Wort „Rationalisierung“?

Können sich Arbeiter und Kapitalisten über die vernünftige Gestaltung der Wirtschaft verständigen?

Durch alle Formen der Kapitaloffensive gegen die Arbeiter:

1. Verlängerung der Arbeitszeit;
2. Intensivierung der Arbeit;
3. Herabdrückung des Reallohnes.

Die Reformisten haben sich für die kapitalistische Rationalisierung eingesetzt, indem sie sie als technischen Fortschritt hinstellen. Auch sie müssen jetzt zugeben, daß dieser „Fortschritt“ sich ausschließlich auf Kosten der Arbeiterschaft und zu ihrem Schaden vollzogen hat. Sie erklären das aus der besonderen Schlechtigkeit der deutschen Unternehmer, der „Sinn“ der Rationalisierung hätte eine Steigerung des allgemeinen Wohlstandes und sie hätte darum mit Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzung und Preissenkung verbunden sein sollen. Im kapitalistischen System besteht aber ein notwendiger Zusammenhang zwischen technischen und organisatorischen Verbesserungen des Produktionsapparates und gesteigerter Ausbeutung der Arbeiterschaft. Beides ist in der kapitalistischen Rationalisierung in einem einheitlichen Prozeß miteinander verbunden.

Rationalisierung heißt: vernünftige, zweckmäßige Gestaltung. Die Kapitalisten wählen mit Absicht für ihre Wirtschaftspolitik, die nur in ihrem Interesse liegt, einen solchen Namen, der ein allgemeines Interesse vortäuscht.

Die Denkschrift des ADGB. zur Wirtschaftspolitik geht von der Annahme aus, daß zwar in der Frage des Anteiles am Ertrage der Arbeit der Kampf der Klassen unvermeidlich ist, daß hingegen in den Fragen der Wirtschaftspolitik „gemeinsame Arbeit aller Kreise“ zur Ueberwindung der Krise und Entfaltung der Produktionskräfte erstrebenswert ist. „Neutrale, wissenschaftliche“ Verständigung zwischen den Klassen ist aber in den Fragen der Gestaltung der Wirtschaft ebenso unmöglich, wie in den Fragen von Arbeitslohn und Arbeitszeit. Denn, wie irgendeine Einrichtung ver-

nünftig zu gestalten ist, das hängt von dem Zweck ab, den man mit ihr erreichen will. Der Zweck der Wirtschaft für den Kapitalisten ist ein möglichst großer Profit, der Zweck der Wirtschaft für den Arbeiter ist die volle Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller arbeitenden Menschen bei möglichstster Verringerung der Arbeitslast für jeden einzelnen. Die Frage, ob die Wirtschaft in dem einen oder dem anderen Sinne „vernünftig gestaltet“ werden soll, kann nur durch den Klassenkampf entschieden werden.

Das Streben nach möglichstster Steigerung der Profite ist das allgemeine Lebensgesetz der Kapitalisten. Diesem Zweck dienen ebensowohl die technisch-organisatorischen Verbesserungen des Produktionsapparats, wie die gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft. Aber technische Verbesserungen kosten Geld, das gerade während der Wirtschaftskrise 1925/26 besonders wenig oder nur zu den höchsten Zinsen zur Verfügung stand. Die Ersparung von Arbeitskräften durch gesteigerte Ausbeutung (verlängerte Arbeitszeit, durch Akkordreduzierung erwungene Leistungssteigerung) bringt unmittelbar Ersparnisse. Andererseits verbinden solche technischen Einrichtungen wie das fließende Band den technischen Fortschritt (Ersparung von Transportarbeit) unmittelbar mit einem verschärften Arbeitstempo, einer gesteigerten Arbeitsintensität. Besonders aber kommt hinzu, daß die mit der Rationalisierung verbundenen technisch-organisatorischen Veränderungen zunächst die Macht des Kapitals gesteigert, die Macht des Proletariats geschwächt und dadurch der Kapitaloffensive den Weg geebnet haben.

Auf den Zusammenbruch der Inflationskonzerne in der Krise Ende 1925 folgte eine neue gewaltige Zusammenschlußbewegung der kapitalistischen Unternehmungen (Konzentration). Es entstanden ungeheure Trusts, wie die Vereinigten Stahlwerke und die I. G.-Farben-Industrie, die im Gegensatz zu den Inflationsgründun-

Warum ist der technisch-organisatorische Fortschritt mit der Kapitaloffensive verbunden?

Wie wird das Kräfteverhältnis der Klassen durch die Rationalisierung geändert?

1. Auf der Seite der Bourgeoisie.

gen nicht verschiedenartige Betriebe vereinigen, sondern durch den Zusammenschluß der maßgebenden Unternehmungen eines Industriezweiges diesen vollständig und ausschließlich beherrschen (Monopol). Dieser Zusammenschluß ist verbunden mit der Verlegung der Produktion auf die leistungsfähigsten Betriebe und Stilllegung der weniger leistungsfähigen, technisch rückständigen oder ungünstig gelegenen Betriebe. Zugleich schließen sich die Unternehmer national und international in Kartellen und Syndikaten zusammen, welche die Preis- und Absatzbedingungen regulieren. Das alles bedeutet Zusammenballung einer ungeheuren Kapitalmacht in der Hand einiger weniger Trusts- und Finanzmagnaten.

2. Auf der Seite des Proletariats

Die Kampfkraft des Proletariats wurde vorübergehend geschwächt durch seine soziale Spaltung in die Millionennarmee der Erwerbslosen auf der einen und die Beschäftigten auf der anderen Seite, die nur bei äußerster Anspannung ihre Arbeitskraft ihr Lohnniveau behaupten konnten. Mit der Drohung der Entlassung werden die Arbeiter in den Betrieben zur Leistung von Überstunden, zur höchsten Leistungssteigerung getrieben, während andererseits durch die Überstunden und die gesteigerte Leistung Tausende von Proletariern aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen wurden.

Was haben die Reformisten als Erfolg der Rationalisierung in Aussicht gestellt?

Auf Grund des amerikanischen Beispiels (Ford) haben die Reformisten behauptet, daß der technische Fortschritt sich nach vorübergehenden Opfern zugunsten der Arbeiter auswirken würde durch

1. vermehrte Beschäftigung infolge der Ausdehnung der Produktion bei verbesserter Konkurrenzfähigkeit;
2. gesteigerte Reallöhne, durch Preissenkung und erhöhte Geldlöhne;
3. verkürzte Arbeitszeit.

In der Zeit des aufstrebenden Kapitalismus, auch noch am Anfang der imperialistischen Epoche, war mit der sprunghaften technischen Entwicklung eine im ganzen ebenso rasche Ausdehnung des Absatzes von Industriewaren, insbesondere nach den rückständigen Kolonialländern, verbunden. Auch in dieser Epoche, in der Zeit vor dem Kriege gab es eine ständige industrielle Reservearmee, aber sie erreichte in den schlimmsten Krisenzeiten nur etwa den zehnten Teil des Umfanges, den gegenwärtig die Dauererwerbslosigkeit angenommen hat. Da der Druck der Erwerbslosenarmee auf die Arbeiterschaft nicht so stark war, konnten die Gewerkschaften für einen Teil der Arbeiterschaft bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Andererseits war der Widerstand der Bourgeoisie gegen solche Verbesserungen geringer, weil die imperialistische Vorherrschaft die Möglichkeit zu ungeheuren Extraprofiten auf Kosten der Kolonien und anderer rückständiger Länder gewährte. Da in Deutschland nicht nur diese Sonderprofite fast gänzlich verschwunden sind, sondern auch der Druck der Reparationszahlungen hinzukommt, ist der Druck der Bourgeoisie zur restlosen Aneignung aller Vorteile der gesteigerten Leistungen der Arbeiter desto stärker. Aber auch in imperialistischen Ländern, die sich noch auf der aufsteigenden Linie der Entfaltung ihrer Macht bewegen, wie in USA., z. B. in den Ford-Betrieben, wiegt die Verbesserung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit die Ruinierung der Gesundheit des Arbeiters durch die unerträgliche Arbeitsintensität nicht auf. Und selbst die „gehobene“ Lebenslage eines Teiles der Arbeiterschaft, der Arbeiteraristokratie, ist nur ein vorübergehender Zustand, der mit dem Elend der Krisen und der imperialistischen Kriege bezahlt wird.

Warum ist in Deutschland von diesen positiven Seiten des technischen Fortschrittes nichts zu merken?

Warum konnte die Produktion in Deutschland nicht entsprechend der gesteigerten Leistungsfähigkeit gesteigert werden?

Die Leistungssteigerung in den verschiedenen Industrien schwankt zwischen 15 und 100 Prozent, stellenweise sogar bis 150 Prozent. Demgegenüber hat die Produktion 1926 das Niveau von 1925 nicht überschritten. Es wurde mit einer um 2 Millionen geringeren Arbeiterzahl etwa dieselbe Leistung erzielt. In der Hochkonjunktur des englischen Streikes Ende 1926 stieg die Produktion in der Schwerindustrie zeitweilig um 10 bis 25 Prozent über den Durchschnitt 1925. Aber in keiner Industrie und zu keiner Zeit hat die Produktionssteigerung auch nur annähernd das Maß der erzielten Leistungssteigerung erreicht. Dies wird gehindert durch das Fehlen entsprechender Absatzmöglichkeiten. Der Inlandsabsatz kann sich infolge der Massenverelendung nicht ausdehnen, er schrumpft teilweise ein. Die Ausfuhr wurde wohl 1926 zeitweilig gesteigert, aber seit dem Ende des englischen Streiks hat bereits eine rückläufige Entwicklung eingesetzt. Dem Export steht die Konkurrenz der anderen Industrieländer und der Zollschutz entgegen (Forcierter Kohlenexport Englands nach Beendigung des Bergarbeiterstreikes, neue Sonderzölle Amerikas auf deutsches Eisen).

Warum sind die Preise nicht entsprechend den gesunkenen Produktionskosten ermäßigt worden?

Bei Bestehen der freien Konkurrenz müssen sich die Preise allmählich dem Werte, d. h. der Menge von Arbeit, die in den verschiedenen Arbeitsprodukten steckt, anpassen. Der technische Fortschritt, der die Herstellung derselben Güter mit einem geringeren Arbeitsaufwand ermöglicht, führt daher unter der Herrschaft der freien Konkurrenz zum Sinken der Preise. Wenn sich eine solche Tendenz bei der Rationalisierung in Deutschland nicht durchsetzen konnte und z. B. die Kalipreise trotz 150prozentiger Leistungssteigerung noch erhöht wurden, so liegt das daran, daß die Herrschaft der freien Konkurrenz wesentlich eingeschränkt ist durch die Herrschaft der Kartelle und Trusts, welche die Preise, insbesondere auf dem inneren Markt, hochhalten. In-

folgedessen kommt der technische Fortschritt auch nicht den arbeitenden Massen als Konsumenten durch Preissenkung zugute. Darin zeigt sich besonders deutlich, daß der monopolistische Kapitalismus nicht Fortschritt, sondern Stillstand und Rückschritt bedeutet. Die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik dienen nur dem Profit eines kleinen Häufleins von Kapitalismagnaten, während das Massenelend wächst.

Die Reformisten haben diese Forderungen nur in der Form eines Appells an die Einsicht der Kapitalisten erhoben. Sie hätten nur durch den geschlossenen Kampf der Arbeitermassen gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können. Da die Reformisten noch die entscheidenden Positionen in den Gewerkschaften in der Hand haben und die Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften noch nicht den genügenden Einfluß zur Entfesselung und Leitung von organisierten Massenkämpfen besitzen, konnten die Forderungen der Arbeiterschaft nicht durchgesetzt werden.

Die Reformisten behaupten, es wäre „Maschinenstürmerei“, gegen die Rationalisierung zu kämpfen, weil sie nichts anderes bedeute, als den technischen Fortschritt. Die Kommunisten kämpfen nicht gegen technische oder organisatorische Verbesserungen in den Betrieben, aber sie erkennen in der Rationalisierung als Gesamtprozeß eine Form der Kapitaloffensive, gegen die der schärfste Kampf geführt werden muß.

Während die Bourgeoisie und die Reformisten alles daran setzen, um das Proletariat zu spalten, ist es die Hauptaufgabe der Kommunisten in der gegenwärtigen Epoche, die Arbeiter im Kampfe gegen die Bourgeoisie zusammenzuschließen, weil die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes die notwendige Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen das einheitlich organisierte Kapital ist. Die Kampfparolen und Kampfziele müssen also unter dem Gesichtspunkt ihrer Eignung für

Warum ist die von den Reformisten „geforderte“ Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung bisher ausgeblieben?

Sollen die Arbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierung kämpfen?

Wie soll der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungs-Offensive geführt werden?

Kann sich der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung auf den gewerkschaftlichen Kampf gegen ihre praktischen Auswirkungen beschränken?

die Sammlung der Massen ausgewählt werden. Darum muß der Kampf zunächst auf die sozialen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung konzentriert werden, die die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit am stärksten treffen und es müssen die Parolen in den Vordergrund gestellt werden, die am besten geeignet sind, die Massen der im Betriebe Tätigen und Erwerbslosen miteinander zu verbinden. Darum hat der Parteitag beschlossen, daß der Kampf um den Achtstundentag, um höhere Löhne und Unterstützungen der Erwerbslosen in dem Mittelpunkt unserer Tagesarbeit stehen muß. Darum ist auch die Gewerkschaftsarbeit der wichtigste Teil der Parteiarbeit.

Den Kampf der Arbeiterklasse auf rein wirtschaftliche Forderungen und rein gewerkschaftliche Kampfmethoden zu beschränken, das wäre reformistisch. Gerade die kapitalistische Rationalisierung zeigt den arbeitenden Massen, nicht nur dem industriellen Proletariat, sondern allen Werktätigen, besonders anschaulich, daß das kapitalistische System und selbst der Fortschritt innerhalb dieses Systems zur steigenden Massenverelendung führt. Daher müssen wir in der Propaganda gegen die kapitalistische Rationalisierung besonders stark die Notwendigkeit des Sturzes des kapitalistischen Systems und des Ueberganges zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung betonen. Wir müssen zeigen, daß eine Rationalisierung im Interesse der Arbeiter die Entgegnung der Trust- und Finanzmagnaten und der Großagrarien, die Nationalisierung der Banken und Trusts, des Grund und Bodens, die Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung zur Voraussetzung hat und daß alle diese Ziele nur im Kampfe um die politische Macht und nur durch die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung erreicht werden können.

Die SPD. propagiert eine verstärkte Staatskontrolle über die Kartelle und die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern an den Leitungen und Aufsichtsorganen der Kartelle und Trusts. Demgegenüber müssen wir zeigen, daß es unmöglich ist, mit den Mitteln des bürgerlichen Staates und im Rahmen der bürgerlichen Ordnung, das heißt bei Anerkennung des kapitalistischen Privateigentums, eine wirksame Kontrolle über die mächtigsten Kapitalorganisationen durchzuführen. Reformistische Gewerkschaftsvertreter in Kartellaufsichtsämtern und Aufsichtsräten würden dieselbe arbeitsgemeinschaftliche Rolle spielen, wie bisher in den verschiedenen Wirtschaftsämtern (Kohle, Kali). Dort haben die Gewerkschaftsvertreter gemeinsam mit den Industriellen für Preiserhöhung gestimmt, gegen kleine Zugeständnisse in den Lohnfragen. Das bedeutet eine Ablenkung der Arbeiter vom Klassenkampfe, die Ausspielung der Sonderinteressen einzelner Arbeiterschichten gegen das Gesamtinteresse des Proletariats.

Die revolutionären Betriebsräte und alle Arbeiter, die dazu in der Lage sind, haben die Pflicht, die Ausbeutungspraktiken in den Betrieben und den Preiswucher der Trusts und Kartelle in der Öffentlichkeit zu enthüllen. Veröffentlichungen über die gewaltige Differenz zwischen den Hungerlöhnen, den niedrigen Produktionskosten und den übermäßigen Preisen sind dazu geeignet, den volksfeindlichen Charakter des monopolistischen Kapitalismus und seiner Rationalisierung zu entlarven und die Massen der Werktätigen unter der Führung des Proletariats zum Kampf zu mobilisieren. Eine solche Arbeit kann auch von den Ausschüssen des Kongresses der Werktätigen geleistet werden.

Dies ist jedoch weder eine wirkliche Arbeiterkontrolle der Produktion, noch ist diese auf diesem Wege zu erreichen. Dazu gehören vielmehr revolutionäre Aktionen, die das kapitalistische

Wie steht die KPD zu den wirtschaftsdemokratischen Forderungen der SPD?

Welche praktischen Aufgaben haben die Betriebsräte im Kampfe gegen die Monopole?

Bedeutet das Kontrolle der Produktion durch die Werktätigen?

Welche organisatorischen Forderungen verleiern wir gegen die Monopolorganisationen des Kapitals?

Privateigentum angreifen. Das ist nur in unmittelbar revolutionären Situationen möglich, wo der Kampf um die Macht in den Betrieben und im Staate entbrennt. Die wirkliche Durchführung einer allgemeinen Kontrolle der Produktion und Verteilung setzt die Enteignung des Großkapitals und Großgrundbesitzes und die Machtergreifung durch das Proletariat voraus.

Neben den wirtschaftlichen Tagesforderungen und den Losungen des politischen Machtkampfes und des Ueberganges zum Sozialismus müssen wir gegenüber den höheren Organisationsformen des Monopolkapitalismus höhere Organisationsformen des Proletariats propagieren, vor allem auf gewerkschaftlichem Gebiete: Industrieverbände, Kampfbündnisse der Gewerkschaft, internationale Gewerkschaftseinheit; Zusammenfassung der Betriebsräte nach Konzernen und Industrien, gemeinsame Ausschüsse von Betriebsräten und Erwerbslosenvertretern.

(Siehe die Thesen des Parteitages zur politischen Lage § 10 bis 12 und 28 und die Thesen der VII. Exekutive § 17 bis 21 und 26, „Impressum“, 7. Jahrg., Nr. 16.)

B. Der neue deutsche Imperialismus

Was ist der Erfolg der Rationalisierung für die deutsche Bourgeoisie?

Eine gewaltige Steigerung der Profite, insbesondere durch die Ausnutzung des englischen Streiks, und damit eine Stärkung der ökonomischen und politischen Macht. Die Schwerindustrie hat am englischen Streik schätzungsweise $\frac{1}{4}$ Milliarde Mark verdient, die Reichsbahn nach den Angaben Dormüllers 100 Millionen Mark. Der Aktienindex hat sich vom Anfang bis zum Ende des Jahres 1926 etwa verdoppelt, das heißt, daß der Ertrag der Kapitalsanlagen in Deutschland Anfang 1927 etwa doppelt so hoch eingeschätzt wird, wie ein Jahr vorher. Da 1926 an-

nähernd ebensoviele und zu denselben oder höheren Preisen produziert und abgesetzt wurde wie 1925, aber mit 2 Millionen Arbeitern weniger, deren Unterstützung nach den Steuernachlässen für die Besitzenden fast ausschließlich aus den Massensteuern aufgebracht wurden, kann man schätzen, daß die Kapitalisten 1926 durch die Rationalisierung nahezu 4 Milliarden Mark auf Kosten der Arbeiter „gespart“ haben.

Deutschland gewinnt immer mehr die Möglichkeit, als selbständige imperialistische Macht im internationalen Konkurrenz-Kampf aufzutreten.

Was sind die außenpolitischen Folgen der wachsenden wirtschaftlichen Macht der deutschen Bourgeoisie?

Nach Lenin sind die wichtigsten Merkmale der ökonomischen Basis des modernen Imperialismus:

Was sind die ökonomischen Voraussetzungen für die imperialistische Rolle eines Staates?

1. die Verdrängung der freien Konkurrenz durch die Herrschaft kapitalistischer Monopolorganisationen (Trusts, Kartelle usw.);
2. die Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zum Finanzkapital;
3. die wachsende Bedeutung des Kapalexportes (das heißt Anlage von Kapital im Auslande, z. B. in der Form von Anleihen, Eisenbahnbauten usw.) gegenüber dem einfachen Warenexport.

Der Zusammenschluß innerhalb der deutschen Industrie zu Trusts und Kartellen ist weiter fortgeschritten als in irgendeinem anderen Land Europas und nur mit amerikanischen Verhältnissen vergleichbar. Stahl, Eisen und Kohle sind völlig von Kartellen reguliert, wobei innerhalb der Kartelle die großen Trusts, vor allem die Vereinigten Stahlwerke, den Ausschlag geben. Die chemische Produktion wird vollkommen von dem IG-Farben-Trust beherrscht. Für den Grad des Zusammenschlusses (Konzentration) geben folgende

Welche Bedeutung haben die Monopole in Deutschland?

Zahlen einen Anhaltspunkt. Nach der offiziellen Statistik gab es Ende 1926:

Gewerbegruppe	Bestand der Aktiengesellschaften im Deutschen Reich am 31. Oktober 1926		Davon in Konzernen Ende 1926		Das Aktienkapital der in den Konzernen errichteten Gesellschaften bezogen auf das gesamte Aktienkapital der Gewerbegruppen vom Hundert
	Anzahl	Nominalkapital (in Mill. R.-Mk.)	Anzahl	Nominalkapital (in Mill. R.-Mk.)	
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Industrie der Grundstoffe	1 120	5 433	299	4 808	88,5
Verarbeitende Industrie ..	6 290	9 839	962	5 563	56,5
Handel und Verkehr...	4 584	4 789	672	2 787	58,2
zusammen ..	12 992	20 354	1 967	13 242	65,1

Welche Bedeutung hat das Finanzkapital in Deutschland?

Durch den Einfluß der Banken und die enge Verflechtung von Bank- und Industriekapital ist die monopolistische Konzentration in Wirklichkeit noch weiter fortgeschritten als es in den statistischen Angaben erscheint. Konzerne, die formaljuristisch voneinander unabhängig sind, stellen in Wirklichkeit ein einheitliches Kapitalgebilde dar, wenn sie von derselben Großbank abhängen. Der Zusammenhang zwischen Industrie und Banken tritt auch darin in Erscheinung, daß dieselben Personen in den Leitungen der Großbanken und in den Aufsichtsräten der Konzerne sitzen. Die teilweise Loslösung der Industrie vom Einfluß der Banken (Stinnes) ist infolge der Kreditschwierigkeiten während der Stabilisierungsperiode immer mehr geschwunden.

Welche Bedeutung hat der Kapitalexport in der Entwicklung des Imperialismus?

Kapitalanlagen im Ausland sichern der Industrie einen dauernden Absatz. Z. B. werden Anleihen nicht bar ausbezahlt, sondern mit der Bedingung gegeben, daß dafür Waren in dem die Anleihe gewährenden Lande eingekauft werden. Die finanzielle Abhängigkeit eines Landes wird

zur Erzwingung günstiger Handelsverträge ausgenützt. Schließlich gerät ein finanziell abhängiges Land auch immer mehr unter den politischen Einfluß des Geldgebers. So ist Amerikas Einfluß in Europa hauptsächlich auf die Verschuldung Europas an die Vereinigten Staaten zurückzuführen. England kauft Bundesgenossen für seine antibolschewistischen Pläne mit dem Versprechen von Anleihen (Polen, Litauen). Deutschland ist durch den Kapitalbedarf der Bourgeoisie (Dawes-Anleihe und private Anleihen, zusammen in der Höhe von zirka 5 Milliarden bis Mitte 1926) in Abhängigkeit von den Westmächten, zur Westorientierung gezwungen.

Der deutsche Kapitalexport hat erst begonnen und ist schwer zu kontrollieren, weil er sich vielfach in versteckter Form vollzieht. Das statistische Reichsamt schätzt, daß bereits im ersten Halbjahr 1926 die Kapitalausfuhr um eine halbe Milliarde die Kapitaleinfuhr überschritten hat.

Der ständige Kampf um Kapitalanlagegebiete und Kolonien erfordert dauernde gewaltige Kriegsrüstungen und macht imperialistische Kriege unvermeidlich. Die Zusammenballung der ganzen Kapitalsmacht in der Hand von ein paar Bank- und Trustmagnaten führt zu einer reaktionären Diktatur, die immer weniger von der demokratischen Kulisse verdeckt wird.

Durch den Verlust der Kolonien und des größten Teils der auswärtigen Kapitalanlagen, durch die Besetzung wichtiger Teile des Landes, vor allem des Ruhrgebiets 1923, durch die Militärkontrolle, durch die Belastung mit den Reparationszahlungen war Deutschland seit der Annahme des Versailler Vertrages bis 1923 nicht in der Lage, eine aktive imperialistische Rolle zu spielen, sondern Deutschland war ein von den imperialistischen Mächten unterdrücktes Land. Die deutsche Bourgeoisie hatte zwar immer imperialistische Tendenzen, die Wiederherstellung ihrer imperialistischen Macht war

Gibt es schon einen deutschen Kapitalexport?

Was sind die allgemeinen politischen Merkmale des Imperialismus?

War Deutschland immer ein imperialistisches Land?

Welche Stellung hat die Komintern und Sowjetrußland zum Versailler Vertrag angenommen?

Mußten die deutschen Kommunisten gegen den fremden Imperialismus, für die nationale Unabhängigkeit kämpfen?

Konnte die KPD in der nationalen Frage dieselbe Taktik anwenden wie die Kommunisten in den kolonialen und halb-kolonialen Ländern?

immer das Ziel ihrer Politik, aber ihre Ohnmacht nach außen schloß eine selbständige imperialistische Politik aus.

Die Komintern hat den Versailler Vertrag als einen Raubvertrag und als Unterdrückung und Vergewaltigung des deutschen Volkes verurteilt, Sowjetrußland hat ihn nie anerkannt. Lenin sprach auf dem 2. Weltkongreß 1920 von den einen Viertel-Milliarden Menschen, denen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen aufgezwungen wurden, „daß vorgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten“.

Wie in jedem unterdrückten Lande, so mußten die Kommunisten auch in Deutschland nicht nur gegen die nationale Unterdrückung kämpfen, sondern auch sich an die Spitze dieses Kampfes stellen, seine Führung an sich reißen. In der Tat haben sich die deutschen Kommunisten 1923 an dem passiven Widerstand und an der Niederbringung der Separatisten aktiv und führend beteiligt.

In rückständigen Agrarländern, wo bei unentwickeltem Kapitalismus die Klassengegensätze noch nicht so scharf ausgeprägt sind, und die kapitalistische Ausbeutung fast ausschließlich von fremden Imperialisten verkörpert wird, ist eine zeitweilige antiimperialistische Einheitsfront, auch mit der Bourgeoisie, möglich. Im hochkapitalistischen Deutschland war auch in der Zeit der schärfsten nationalen Unterdrückung der Klassengegensatz so stark, daß die deutsche Bourgeoisie selbst während der Ruhrbesetzung mit den französischen Imperialisten gegen das deutsche Proletariat paktiert hat. Die Aufgabe der Abwehr des französischen Imperialismus war daher mit der Aufgabe des Sturzes der deutschen Bourgeoisie untrennbar verbunden. Die deutsche Bourgeoisie konnte weder die Massen zum Kampf gegen den Imperialismus mobilisieren, noch mit der einzigen antiimperialistischen Weltmacht, der

Sowjet-Union, ein festes Bündnis schließen. Für die KPD. durfte es deshalb keine Einheitsfront, keinen Burgfrieden mit der Bourgeoisie geben, sondern nur die Verbindung des schärfsten proletarischen Klassenkampfes gegen die eigene Bourgeoisie mit dem Kampf gegen den auswärtigen Imperialismus und Schaffung eines selbständigen sozialistischen Deutschland durch den Sturz der Bourgeoisie.

Die Niederlage der eigenen Bourgeoisie ist das Ziel des Proletariats in jedem imperialistischen Krieg, in dem die Bourgeoisie beider kriegführender Mächte oder Mächtegruppen imperialistische Ziele verfolgt; denn das Proletariat hat an einem solchen Kriegsziel kein Interesse und die Niederlage der Bourgeoisie schafft die günstigsten Voraussetzungen für ihren Sturz. Bei der Abwehr des französischen Einmarsches, sowohl in der Form des passiven Widerstandes, als auch in dem nicht ganz unmöglichen Falle des Umschlagens in einen bewaffneten Kampf, konnte das deutsche Proletariat nicht die Niederlage Deutschlands begünstigen. Denn erstens verfolgte der Abwehrkampf gegen den Ruhrereinmarsch auch im bürgerlichen Deutschland nicht unmittelbar imperialistische Ziele (wenn die deutsche Bourgeoisie solche Ziele auch in fernerer Sicht im Auge behielt), und zweitens hätte eine völlige Niederwerfung Deutschlands, die Lostrennung des Rheinlands und des Ruhrgebietes, nicht bessere Bedingungen für die unmittelbare bevorstehende proletarische Revolution geschaffen, sondern im Gegenteil die Eroberung und Behauptung der Macht durch das Proletariat wesentlich erschwert. Außerdem hätte bei einem nationalen Verteidigungskrieg gegen den französischen Imperialismus das Proletariat unvermeidlich die Führung in die Hand bekommen. Das Proletariat mußte aber auch in dieser Situation die Aufgabe der nationalen Verteidigung der Aufgabe der Eroberung der Macht

Warum konnten die Kommunisten 1923 nicht für die Niederlage Deutschlands eintreten?

Worin zeigt sich der imperialistische Charakter der deutschen Außenpolitik?

Worin zeigt sich der imperialistische Charakter der deutschen Wirtschaftspolitik?

unterordnen. Der Fehler der KPD. 1923 bestand gerade darin, daß der Kampf gegen den französischen Imperialismus nicht rechtzeitig und nicht entschieden genug mit dem Kampf zum Sturz der deutschen Bourgeoisie verbunden wurde. Gerade deshalb, weil die KPD. 1923 den Kampf um die Macht nicht rechtzeitig vorbereitete und den Verrat der SPD. nicht vereiteln konnte, war es der Bourgeoisie möglich, sich auf Kosten des Proletariats mit den auswärtigen Imperialisten zu verständigen und dadurch die Grundlage für die relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus und die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus zu schaffen.

In dem Eintritt in den Völkerbund und den Völkerbundsrat, wodurch Deutschland sich dem imperialistischen Bündnis zur Aufteilung der Kolonien, zur Unterdrückung jeder Freiheitsbewegung, zur Sicherung der Vorherrschaft der imperialistischen Vormächte anschließt. Ebenso bedeutet der Abschluß des Locarno-Vertrags ein imperialistisches Bündnis gegen die Sowjetunion, wofür Deutschland das Recht auf Kolonialbesitz und die Erleichterung seiner Rüstungen versprochen wurde.

Im Sommer 1925 wurden die Hochschutzzölle beschlossen, die hohe Preise im Inland sichern, und eine Schmutzkonkurrenz durch Unterbietung im Ausland ermöglichen. Deutschland führt einen monatelangen Wirtschaftskrieg mit Polen, hauptsächlich um einen Druck für seine territorialen Ansprüche im Osten auszuüben. Die deutsche Schwerindustrie war führend beteiligt an der Gründung des internationalen Stahlkartells, die deutsche Kaliindustrie hat gemeinsam mit der französischen ein Weltmonopol. Deutsche Banken beteiligen sich wieder an Bahnbauten in der Türkei; an Rumänien, an Italien sollen Kredite von hunderten Millionen Mark gegeben werden.

Abgesehen von den allgemeinen Ursachen, die die Bourgeoisie aller Länder auf die Bahn der imperialistischen Politik führen, kommen gegenwärtig noch folgende Momente in Frage: Die 2½ Milliarden Dawes-Zahlungen, die ab 1928 zu leisten sind, und die Zinsen für internationale Anleihen in der Höhe von mindestens einer halben Milliarde können nur durch einen Ausfuhrüberschuß oder durch die Zinsen auswärtiger Kapitalanlagen aufgebracht werden. Je weiter die Rationalisierung fortschreitet, desto weniger findet die deutsche Industrie im Inland ausreichende Absatzmöglichkeit, desto mehr muß sie versuchen, mit allen Mitteln die auswärtige Konkurrenz niederzuringen.

Das ist eine reformistische Illusion. Denn

1. gibt es nahezu keine allumfassenden Kartelle. In der Regel sind sie Zusammenschlüsse, die sich gegen die außenstehenden Konkurrenten richten, z. B. das Kontinentale Stahlkartell hat gegenwärtig eine Spitze gegen England und wird sich auch gegen die USA. richten, wenn die amerikanische Stahlindustrie durch eine Krise im eigenen Lande stärker zum Export gedrängt wird.

2. Kartelle sind Kampforganisationen gegen die Abnehmer der kartellierten Produkte. Das Monopol ist ein Mittel zur künstlichen Hochhaltung der Preise, um die Länder, die auf den Konsum der kartellierten Waren angewiesen sind, auszuwuchern. So beutet England sein Kautschuk-Monopol zu einer Art Sonderbesteuerung der USA. aus und bringt dadurch einen beträchtlichen Teil seiner Schuld an Amerika auf. So bedeuten die kapitalistischen Kartelle zugleich Organisationen zur Auswucherung der Agrarländer als Bezieher von Industriewaren.

3. Aber auch innerhalb des Kartells hört der Konkurrenzkampf nicht auf. Er tobt vor allem in der Form des Kampfes um die Quote, das heißt um den Anteil an der Produktion. Da die Kartelle nicht für die Ewigkeit gegründet sind, so be-

Welche wirtschaftlichen Ursachen treiben die deutsche Bourgeoisie zur imperialistischen Politik?

Wird der internationale Konkurrenzkampf durch die internationalen Kartelle aufgehoben oder abgeschwächt?

Ist Deutschland
nicht schon durch
seine Entwaff-
nung gezwungen,
eine pazifistische
Politik zu treiben?

deuten sie zwischen den Teilnehmern nicht mehr als einen Waffenstillstand zur Vorbereitung neuer Kämpfe.

1. Von einer völligen Abrüstung Deutschlands kann keine Rede sein. Wenn auch die 100 000 Mann der Reichswehr eine sehr kleine Zahl darstellen im Vergleich zu dem großen Heer der anderen imperialistischen Mächte, so stellt die Reichswehr doch eine sehr gut ausgebildete Kaderarmee dar, die mit Hilfe legaler und illegaler Wehrverbände sehr rasch aufgefüllt werden kann. Der Mangel der Rüstung kann infolge der außerordentlichen Leistungsfähigkeit der Industrie sehr rasch nachgeholt werden, besonders bei dem großen Vorsprung der deutschen chemischen Industrie.

2. Die Kontrolle der Abrüstungen Deutschlands wird fortlaufend abgeschwächt, entsprechend werden die Rüstungen wachsen.

3. Ein militärisch schwacher Staat mit großen imperialistischen Ansprüchen ist desto mehr gezwungen zu versuchen, durch imperialistische Bündnisse und Raubgeschäfte auf Kosten anderer seine Macht zu stärken. Der deutsche Imperialismus ist mit einem ausgehungerten und nur noch halb gefesselten Raubtier zu vergleichen. Die deutsche Bourgeoisie ist zu jedem Abenteuer bereit, das ihr eine Stärkung ihrer Macht in Aussicht stellt. Daher die Geneigtheit für die Kriegspläne des englischen Imperialismus und das Bündnis mit dem besonders aggressiven Imperialismus des faschistischen Italien.

4. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten und der Sowjetunion einerseits, die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten andererseits erlauben es der deutschen Bourgeoisie, sich durch Manövrieren zwischen den Mächtigkeitsgruppen, durch Ausspielen der einen gegen die andere, Konzessionen zu erpressen und ihre Macht zu stärken. Der deutsche Imperialismus wird sich ähnlich wie der italienische immer mehr

zu einem Faktor der Unsicherheit und der ständigen Kriegsgefahr in Europa entwickeln.

Die Reformisten verbinden ihren pazifistischen Schwindel mit einer neuen sozial-imperialistischen Propaganda, die die Arbeiter für die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie interessieren sollen. So hat der Revisionist Max Cohen in den „Sozialistischen Monatsheften“ „nachgewiesen“, daß die Zurückgewinnung der Kolonien im Interesse der deutschen Arbeiter notwendig sei, damit sie wieder Beschäftigung finden. Mit derselben Begründung schrieb das Kölner SPD.-Blatt, die „Rheinische Zeitung“, daß die Gewinnung von Exportmärkten die wichtigste Frage für die deutsche Arbeiterschaft sei.

Die Arbeiterschaft sieht aber, daß der Kampf um Kolonien und Absatzmärkte nur auf ihre Kosten ausgetragen wird. Die Senkung des Lohnanteils, die Verlängerung der Arbeitszeit, das sind die Waffen des internationalen Konkurrenzkampfes. Das zeigt sich besonders deutlich im Bergbau. Aber selbst, wenn es der deutschen Industrie durch Steigerung des Exportes gelänge, die Erwerbslosigkeit einzudämmen und der Arbeiterschaft vorübergehend bessere Lebensbedingungen zu gewähren, so würde das Proletariat eine solche kurze Schonfrist mit den Millionen Opfern eines neuen imperialistischen Krieges bezahlen. Auch bleibt Deutschland, solange die Bourgeoisie herrscht, ein Spielball der imperialistischen Weltmächte. Erst, wenn das Proletariat die Macht errungen hat, wird es ein wirklich selbständiges Deutschland geben, in dem nur die Interessen der Volksmassen gelten. Erst dann wird die Arbeiterklasse ein Interesse an der Macht ihres Staates haben.

Als schwaches und unterdrücktes Land suchte Deutschland Anlehnung an Sowjetrußland (Vertrag von Rapallo). Wenn die bürgerliche Regierung auch aus Furcht vor dem revolutionären Proletariat niemals für ein festes Bündnis mit dem proletarischen Staate war und immer mit dem

Hat die Arbeiterschaft ein Interesse an der Wiederherstellung der Macht Deutschlands?

Wie hat sich die außenpolitische Orientierung Deutschlands infolge des Entstehens eines neuen Imperialismus geändert?

Bedeutet der Berliner Vertrag mit Sowjetrußland eine Garantie des Friedens?

Wie kann der Frieden gegen den deutschen Imperialismus gesichert werden?

Imperialisten paktierte, so bestand doch bis zur Einleitung der Locarno-Verhandlungen keine aggressive Absicht gegen Sowjetrußland. Nachdem die Stabilisierung des deutschen Kapitalismus gelungen war und England für die Teilnahme an dem Bündnis gegen Sowjetrußland kolonial und territoriale Zugeständnisse anbot, schwenkte Deutschland zur Westorientierung um.

Wenn es die Interessen der deutschen Bourgeoisie verlangen, wird sie diesen Vertrag genau so als einen „Fetzen Papier“ behandeln, wie 1914 den Neutralitätsvertrag mit Belgien. Wenn Deutschland jetzt noch auf die formelle Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur Sowjetunion Wert legt, so nur deshalb, weil ein genügender Kaufpreis für die Beteiligung an der antibolschewistischen Kriegsfront noch nicht gesichert ist. Daher soll die Möglichkeit der Ostorientierung weiter als Erpressungsmittel verwendet werden.

Es gibt keine andere Sicherung des Friedens als den internationalen revolutionären Klassenkampf zum Sturze der Bourgeoisie.

(Siehe Parteitagsthesen zur politischen Lage, Paragraph 6 bis 9 und Thesen der Erw. Exekutive über die internationale Lage, Paragraph 5 bis 8. und 10, 22, 23.)

Dritter Abend:

Bürgerblock, Faschismus und Sozialdemokratie

Welche innenpolitische Wirkung hatte die relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus?

A. Die Parteien des Bürgerblocks

Den Zusammenschluß aller reaktionären Kräfte der Bourgeoisie in der Regierung des Bürgerblocks.

In den wichtigsten grundsätzlichen Fragen, vor allem in der Verteidigung des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen das revolutionäre Proletariat waren sich immer alle bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu der bürgerlichen Arbeiterpartei, der SPD., einig. Sie bildeten gegenüber der sozialen Revolution eine Front der Konterrevolution. Auf dieser Grundlage wurde 1918 das Bündnis Hindenburg-Gröner-Ebert-Scheidemann geschlossen, dieselbe Einheitsfront trat 1923 beim Reichswehreinmarsch und Ermächtigungsgesetz in Aktion. Aber trotz dieser grundsätzlichen Uebereinstimmung gab es wesentliche Meinungsverschiedenheiten in wichtigen taktischen und praktischen Fragen, die von den Interessengegensätzen zwischen den verschiedenen Schichten des Bürgertums herrühren, das Zusammengehen in der Regierung zeitweilig verhinderten und mitunter heftige politische Kämpfe hervorriefen.

Die Deutschnationalen waren gegen die Republik, Zentrum und Demokraten für die Weimarer Verfassung, die Deutsche Volkspartei stellte sich nach dem Scheitern des Kapp-Putsches 1920 auf den „Boden der Republik“, ohne eine klare Stellung gegen den Monarchismus einzunehmen.

Die Deutschnationalen waren gegen „Erfüllungspolitik“ und Völkerbundseintritt, die Deutsche Volkspartei vollzog die Schwenkung zur Erfüllung offen erst nach dem Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes 1923.

Während die Weimarer Parteien die Unterdrückung der Arbeiterschaft mit Hilfe der reformistischen Führer durch die Koalitionspolitik sichern wollen, sind die Deutschnationalen die schärfsten Gegner des Kompromisses mit den Reformisten.

Die Fragen der Steuern, Zölle und Subventionen sind Streitobjekte, bei denen jede bürgerliche Partei möglichst viel für die von ihr ver-

Bestanden vor dem Abschluß des Bürgerblocks grundsätzliche Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien?

In welchen Fragen bestanden Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien?

1. In der Stellung zur Republik.

2. In der Außenpolitik.

3. In der Stellung zur Arbeiterschaft, der SPD. und den Gewerkschaften.

4. In den Fragen der Wirtschaftspolitik.

Welche Klassen und Interessen vertreten die einzelnen bürgerlichen Parteien?

1. Die Deutschen nationalen.

tretenen Schichten der Bourgeoisie herausholen will.

Die DNVP (mit 7 Millionen Stimmen bei den Reichstagswahlen vom Dezember 1925 und 110 Abgeordneten, zusammen mit dem Landbund) vertritt die Interessen des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie (Hugenberg), der in der Monarchie bevorrechteten Schichten: Adel, hohe Bureaukratie, Offiziere. Sie stützt sich auf breite Massen von Bauern, Mittelständlern, Intellektuellen, Beamten, Angestellten und teilweise auch Arbeitern (besonders auf dem Lande), die durch die wirtschaftliche Abhängigkeit und die nationalistische und monarchistische Ideologie an die großagrarische und großkapitalistische Führung gebunden werden. Die maßgebenden Interessen für die Partei sind Schutzzölle für die Landwirtschaft, Steuerbegünstigung und Subventionen für Großagrarier und Großkapital, Besetzung aller einflußreichen Stellen in Bureaukratie und bewaffneter Macht durch zuverlässige Reaktionäre und brutale Niederhaltung der Arbeiter. Für geschicktere Methoden zur Spaltung der Arbeiterschaft durch den reformistischen Einfluß haben diese Kreise wenig Verständnis, weil die Grundbesitzer es mit den größtenteils rückständigen, eingeschüchterten, besonders abhängigen Landarbeitern zu tun haben und auch die schwerindustriellen Konzernmagnaten sich gegenüber der Arbeiterschaft stark fühlen.

2. Die deutsche Volkspartei.

Die DVP, die Stresemann-Partei (3 Millionen Stimmen, 51 Mandate), ist die führende Partei der industriellen Bourgeoisie, die Hauptvertreterin des Finanzkapitals. Sie vertritt maßgebende Teile sowohl der Schwer- als auch der Fertigungsindustrie. Da sie noch am meisten gegenüber den Sonderinteressen einzelner bürgerlicher Schichten die allgemeinen Interessen der Bourgeoisie vertritt, hat sie trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche die Führung der praktischen Politik der deutschen Bourgeoisie.

Konsequent lediglich in der Vertretung des bürgerlichen Klasseninteresses, ist sie völlig opportunistisch in den für die Bourgeoisie weniger wichtigen „grundsätzlichen“ Fragen der Republik, der Außenpolitik und der Koalitionspolitik. Sie steht „auf dem Boden der Republik“ ohne Verzicht auf die monarchistischen Ideale, auf dem Boden der Erfüllungs- und Völkerbundspolitik bei konsequenter Vorbereitung des imperialistischen Aufstiegs Deutschlands. Bei schärfster Feindschaft gegen das Proletariat ist sie jederzeit zur Koalition mit den Reformisten bereit, wenn es das Interesse der Bourgeoisie erfordert.

Die Zentrumsparlei (4 Millionen Stimmen, 3. Das Zentrum 69 Mandate) wird geführt von einem Teil der Schwerindustrie (Klöckner, Henkel-Donnersmark) und des Großgrundbesitzes besonders in Schlesien und im Rheinland. Es kettet breite Massen von Arbeitern (die christlichen Gewerkschaften 1921 mit zirka 1 Million, jetzt nur 600 000 Mitglieder, vergleiche Informationsmaterial I C 9, Seite 1—3), Bauern und Kleinbürger durch die katholische Religion und den Einfluß des Klerus an sich, daher die verhältnismäßige Stabilität des „Zentrumsturms“. Das Zentrum gibt sich als „republikanisch“ aus, weil infolge der Erinnerungen an den Kulturkampf und der Zurücksetzung der katholischen Intelligenz durch die preußische Bureaukratie, die Hohenzollernmonarchie bei den Katholiken weniger fest verwurzelt war. Der abgesprengte Flügel in Bayern, der sich nach der Revolution als Bayerische Volkspartei selbständig gemacht hat (1 Million Stimmen, 19 Mandate), jetzt aber im Begriffe ist, sich wieder mit dem Zentrum zu vereinigen, tritt offen monarchistisch auf. Die Zentrums „Linke“ unter Führung von Wirth und Joos sucht durch einen leeren Wortradikalismus, Phrasen über die soziale Republik, das Abströmen radikal gestimmter Arbeiter vom Zentrum zu verhindern.

4. Die Demokraten.

Die DDP (2 Millionen Stimmen, 32 Mandate) vertritt Teile des Bank- und Handelskapitals und der Fertigungsindustrie, im allgemeinen schwächer organisierte Schichten der Bourgeoisie, auch solche, die sich in der Monarchie zurückgesetzt fühlten. Daher „derzeit“ republikanisch und mehr zu Kompromissen mit der Arbeiterschaft geneigt. Auch in dieser Partei hat ein völlig reaktionärer Flügel (Geßler, Külz) großen Einfluß auf die praktische Politik. Der Anhang von Arbeitern, Angestellten und Beamten ist in den Hirsch-Dunker-schen Gewerkschaften organisiert (1922 230 000, 1925 160 000 Mitglieder).

Wie zeigten sich die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie bis zur Bildung des Bürgerblocks?

Bis zur Annahme des Dawes-Planes machten die Deutschnationalen „grundsätzliche“ Opposition gegen die Republik und gegen die Verständigung mit den Westmächten („Erfüllungspolitik“). In der Tat hatte aber der schwerindustrielle Flügel der Deutschnationalen schon seit dem Beginn der Stabilisierung 1924 erkannt, daß die Republik eine brauchbare Staatsform zur Niederwerfung und Niederhaltung des Proletariats ist, und daß sich der deutsche Kapitalismus nur mit Hilfe der anderen kapitalistischen Mächte wieder aufrichten kann. Die Opposition gegen den Dawes-Plan war nur für die Wähler berechnete nationalistische Demagogie, während die Fraktion im Reichstag im August 1924 durch Abkommandierung der Hälfte zum Ja-Stimmen auf die Linie der Stresemannschen Erfüllungspolitik einschwenkte. Nach der Annahme des Dawes-Planes traten die Deutschnationalen im Januar 1925 in die Regierung Luther ein, hauptsächlich um die Agrarzölle durchzubringen. Aber schon im Oktober mußten die deutschnationalen Minister unter dem Druck ihrer Anhänger im Lande wegen des Locarno-Paktes zurücktreten. Sie standen dann bis Dezember 1926 in Opposition und stimmten mit der SPD und KPD für das Mißtrauensvotum gegen die Marx-Regierung.

B. Grundlagen und Ziele der Bürgerblock-Regierung

1. Sie hat infolge der relativen Stabilisierung eine festere ökonomische Basis ihrer Macht als jede vorangehende Regierung.

Was ist das neue an der Bürgerblockregierung?

2. Sie beruht auf einer Einigung der bürgerlichen Parteien nicht nur über das allgemeine Ziel, sondern auch über den Weg der deutschen Politik auf längere Sicht, einer Einigung auf der Grundlage des Imperialismus.

3. Die SPD wurde brutal und offen aus der Regierungskombination hinausgeworfen mit der Perspektive der dauernden Fernhaltung.

1. Der Konzentrationsprozeß vereinigt Industrie- und Agrarkapital unter der Führung des Finanzkapitals, gleicht die Gegensätze zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie aus, verstärkt die Gemeinsamkeit der Interessen gegenüber der Arbeiterschaft, den Konsumenten, den kleinen und mittleren nichtorganisierten Produzenten. Die imperialistische Politik erfordert möglichste Unabhängigkeit vom Import, ermöglicht daher die Einigung von Agrariern und Industriellen in der Schutzzollpolitik.

Was sind die ökonomischen Voraussetzungen des Bürgerblocks?

2. Infolge der stärkeren wirtschaftlichen Machtstellung ist die Bourgeoisie weniger auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer angewiesen und braucht sie nicht mit Ministersesseln zu bezahlen.

1. Durch die jahrelange Koalitions- und Arbeitgemeinschaftspolitik der SPD und insbesondere durch die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung von seiten der Reformisten ist die Arbeiterklasse so gespalten und geschwächt, daß die Bourgeoisie glaubt, die Mithilfe der Sozialdemokraten in der Regierung zur Niederhaltung der Arbeiterschaft entbehren zu können.

Was sind die innenpolitischen Voraussetzungen der Bildung des Bürgerblocks?

2. Die Einigung der deutschnationalen Monarchisten mit den Zentrums-„Republikanern“ war ohne Schwierigkeiten möglich, seitdem sich auch

die reaktionärsten Junker und Kapitalisten davon überzeugt haben, daß die republikanische Staatsform ihre Klassenherrschaft weder verhindert, noch einschränkt. Wenn sich die Monarchisten in der Republik die einflußreichsten Stellungen sichern, dann erleichtern sie dadurch zugleich die Restauration der Monarchie, sobald diese der Bourgeoisie zweckmäßig erscheint. Die Bekehrung der deutschnationalen Reaktion zur Mitarbeit auf dem Boden der Republik wurde hauptsächlich herbeigeführt durch den von den Regierungen Luther und Marx mit offener oder versteckter Unterstützung der SPD („Stille Koalition“ noch im Dezember 1926) betriebenen Abbau der demokratischen Rechte (Regierungshetze gegen den Volksentscheid, praktische Aufhebung der Pressefreiheit durch Zeitungsverbote und Verhaftung von Redakteuren, Schmutz- und Schundgesetz usw.).

Auf welcher Grundlage vollzog sich die außenpolitische Einigung der Bürgerblockparteien?

Je deutlicher der imperialistische Charakter der Stresemannschen Völkerbundspolitik hervortritt, desto leichter ist es für die deutschnationalen Führer, diese von ihnen schon seit der Annahme des Dawes-Planes gebilligte Politik vor den nationalistischen Anhängern zu vertreten. Andererseits mußten die anderen Parteien der Bourgeoisie Wert darauf legen, die DNVP für die westliche Orientierung fest zu gewinnen, weil diese Partei in der Reichswehr und in den Wehrverbänden entscheidenden Einfluß hat. Dadurch soll der Einfluß derjenigen nationalen Kreise, die wegen des Gegensatzes zu Polen die Westorientierung ablehnen, in der Reichswehr und in den Wehrverbänden beseitigt werden. Wegen dieser „Locarnisierung“ der Reichswehr und der Wehrverbände begünstigte auch der englische Imperialismus die Bildung des Bürgerblocks. An demselben Tage, an dem Hindenburg seinen Brief an Marx schrieb mit der Aufforderung zur Bildung einer Regierung aus den bürgerlichen Parteien, hielt der britische Schatzkanzler Churchill in Rom eine Rede, in der er den Faschismus als Vorbild in der Bekämpfung

der „tierischen Instinkte des Leninismus“ antries und einen Viermächtebund England, Frankreich, Deutschland, Italien propagierte.

C. Bürgerblock und Faschismus

Wenn der Kappist Keudell Innenminister ist, braucht die Bourgeoisie keinen neuen Kapp-Putsch. Sie hat das Ziel des Kapp-Putsches im wesentlichen auf legalem Wege bereits erreicht. Die wichtigsten Machtpositionen dieses Staates (Regierung, Bureaukratie, Reichswehr) sind bereits in den Händen zuverlässiger Reaktionäre. Der Bürgerblock braucht nur zu Ende zu führen, was seine Vorgänger begonnen haben: Wiedereinführung der Zensur, die Aufhebung der letzten Reste der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Unterbindung jeder legalen Propaganda der revolutionären Arbeiterorganisationen durch Polizei und Justiz (wie bereits in Bayern), die Verschlechterung des Wahlrechts, die Legalisierung der Militärdiktatur durch Ausführungsbestimmungen zum Artikel 48 usw.

Bedeutet der Bürgerblock die Gefahr eines faschistischen Putsches?

Bis 1923 stellte der Faschismus die illegalen Kampftruppen der Bourgeoisie nicht nur gegen die Arbeiterschaft, sondern auch gegen die Republik. Die faschistischen Verbände standen in direkter Beziehung und Abhängigkeit zu den Teilen der Bourgeoisie, die die Eroberung der Staatsmacht durch einen Staatsstreich im Auge hatten. Die völkische Bewegung von mehr oder minder bewußten Agenten der Bourgeoisie geführt und mit Geldern der Kapitalisten ausgehalten, rekrutierte sich damals hauptsächlich aus den durch die Inflation ruinierten und entwurzelten Kleinbürgern, die instinktiv gegen den Kapitalismus rebellierten, aber ihren Haß nur gegen die „volksfremden“ Repräsentanten des Kapitalismus richteten („Juden und Franzosen“) und nicht vorwärts wollten vom Kapitalismus zum Sozialismus,

Welche Rolle spielte der Faschismus bis 1923?

Wodurch verlor
dieser Faschismus
seinen
Boden?

sondern zurück zu einer mittelalterlichen berufsständischen Gesellschafts- und Staatsordnung.

Durch die Stabilisierung des Kapitalismus wurde die Zersetzung innerhalb des Kleinbürgertums gebremst, diese Schichten gewannen wieder mehr Vertrauen zur herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Andererseits verlor die Bourgeoisie das Interesse an den illegalen putschistischen Formen des Faschismus, nachdem sich 1923 die legale Staatsgewalt als vollkommen geeignet erwiesen hatte, die schärfste Diktatur gegen das Proletariat durchzuführen. Dazu kam die Verstärkung der deutschen Schwerindustrie, der Hauptgeldgeberin des Faschismus, mit der französischen Schwerindustrie, das Einschwenken auf die Linie der Locarno-Politik. Die entscheidende Schicht der Bourgeoisie hatte daher auch kein Interesse mehr an nationalistischen Verbänden, die im Kampf gegen die Erfüllungspolitik und im Geiste des Revanchekrieges großgezogen worden waren. Daher traten an die Stelle der zerfallenden völkischen und nationalsozialistischen Verbände der Richtung Hitler-Ludendorff-Wulle usw. immer mehr die großen Wehrverbände.

Welchen Charakter hat der jetzt
vorherrschende
neue Faschismus?

Die großen faschistischen Wehrverbände, deren typische Vertreter Stahlhelm und Jungdo sind, stehen vollkommen auf dem Boden der Politik des Bürgerblocks. Sie verfolgen die Linie der Eroberung der Staatsmacht von innen, sie stellen sich auf den „Boden der Republik“, sie verfolgen die imperialistische Politik auf Grund des Stresemannschen „realen Pazifismus“. Ihre soziale Basis hat sich von dem deklassierten Kleinbürgertum mehr auf die stärkeren groß- und kleinbürgerlichen Schichten, Junker und Bauern, aber auch Teile des Proletariats, verschoben. An die Stelle kleiner aktiver terroristischer Kampftrupps wollen die Führer der Wehrverbände eine breitere Volksbewegung setzen, die vor allem als Reservier der Armee des kommenden imperialistischen Krieges dienen soll.

Was ist der
Stahlhelm?

Die stärkste faschistische Wehrorganisation ist gegenwärtig der Stahlhelm mit der Jugendorganisation Jungstahlhelm, schätzungsweise 300 000 bis 400 000 Mitgliedern und einer Wochenschrift mit 120 000 Auflage. Der sozialen Zusammensetzung nach ist die Mehrheit proletarisch. Jedoch ist dabei zu bedenken, daß ein großer Teil des proletarischen Anhangs nicht aus Überzeugung dem Stahlhelm angehört, sondern teils unter dem Druck wirtschaftlicher Repressalien (das gilt besonders von den Landarbeitern), teils durch materielle Vergünstigungen bestochen (nationaler Arbeitsnachweis) dem Stahlhelm beitrifft. Als ideologisches Bindemittel wirkt: die Erinnerung an das gemeinsame Kriegserlebnis, die Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage bei Wiederherstellung der alten imperialistischen Macht Deutschlands, die Ideologie der nationalen Volksgemeinschaft. In die Führung des Stahlhelms teilen sich Deutschnationale und Volkspartei. Der Stahlhelm bemüht sich immer mehr, in die Betriebe einzudringen und dort Zellen aufzubauen. Durch die Vertretung der Unternehmerinteressen von seiten der Führung des Stahlhelms und durch die Wendung von der hemmungslosen nationalistischen Hetze zur Locarnopolitik ist eine Opposition im Stahlhelm entstanden, die der zweite Führer des Stahlhelms, Oberstleutnant Düsterberg, durch eine scheinradikale Opposition aufzufangen sucht. Die offizielle Führung (der Magdeburger Fabrikant Seldte und Kapitän Ehrhardt) ist eindeutig für die Westorientierung.

Was ist der
Jungdo?

Der Jungdeutsche Orden hat eine Mitgliederzahl von 60—70 000, von der auch mindestens die Hälfte proletarisch ist. Der Jungdo ist vollkommen abhängig vom deutschen Kalikapital (Arnold Rechberg), das mit dem französischen zu einem Kartell vereinigt ist. Daher die außenpolitische Orientierung auf das deutsch-französische Bündnis mit der Spitze gegen Sowjetrußland. Im

Worin liegt die Hauptgefahr des neuen Faschismus?

Jungdo ist die Entwicklung zu legalen Kampfmethoden und für das Eindringen in den republikanischen Staatsapparat noch weiter fortgeschritten als beim Stahlhelm. Daher die Rolle des Jungdoführers Mahraun als Enthüller der Putschvorbereitungen von Claß und Hugenberg im Sommer 1926 und die Versuche eines Zusammengehens mit dem Reichsbanner.

Er verlegt sich besonders auf die Propaganda unter dem Industrieproletariat in den Betrieben, verbreitet durch seine Betriebszellen den Gedanken der Werksgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern, sucht dadurch das Fundament der freien Gewerkschaften zu untergraben und damit die wichtigste Voraussetzung für die faschistische Herrschaft zu schaffen: die Zersplitterung und Ohnmacht der Arbeiterschaft.

Besteht überhaupt die Gefahr einer faschistischen Herrschaft in Deutschland?

Man führt verschiedene Gründe an, um zu beweisen, daß eine solche Gefahr nicht besteht:

1. die faschistische Bewegung sei in sich gespalten, zerfalle immer mehr und bedeute überhaupt keine ernste Gefahr mehr;

2. die Bourgeoisie habe den Faschismus gar nicht nötig, da sie bereits durch den Bürgerblock eine unbeschränkte Diktatur hat;

3. in Deutschland sei das Proletariat zahlenmäßig und organisatorisch so stark, daß eine faschistische Unterdrückung der Arbeiterbewegung nach dem Muster Italiens oder Ungarns unmöglich wäre.

Ist die faschistische Bewegung durch ihre Zersplitterung ohnmächtig?

Die SPD-Presse hat mit ihren ständigen Berichten vom Zerfall der völkischen Bewegung die Aufmerksamkeit von der Tatsache abgelenkt, daß zugleich mit dem Zerfall der älteren völkischen Organisationen sich die großen Wehrverbände konsolidiert haben. Gerade durch die Liquidierung der abenteuerlichen Formen des kleinbürgerlichen putschistischen Faschismus ist die sektiererische und spalterische Tendenz in-

nerhalb der faschistischen Bewegung zurückgedrängt und die Sammlung großer Massen unter dem allgemeinen Programm der Bourgeoisie erleichtert.

Die Bourgeoisie braucht den Faschismus weder um die Staatsmacht zu erobern, noch um sie vor einer aktuellen revolutionären Gefahr zu schützen. Aber der Faschismus ist nicht nur eine zusätzliche Sicherung der bestehenden bürgerlichen Diktatur neben dem legalen Staatsapparat und eine Reservearmee für den imperialistischen Krieg, sondern er kann auch nach italienischem Muster die Basis einer uneingeschränkten Diktatur werden, die alle demokratischen Rechte der Arbeiterschaft beseitigt, die Klassenorganisationen des Proletariats mit terroristischen Methoden unterdrückt und in Werksgemeinschaften, gemeinsamen Vertretungen von Arbeitern und Unternehmern, eine scheindemokratische Grundlage des faschistischen Staates schafft. Eine solche Verschärfung der bürgerlichen Diktatur ist allerdings erst im Falle einer tieferen Krise (z. B. bei Kriegsausbruch) zu erwarten.

Der ganze Verlauf des Krieges, die vierjährige Militärdiktatur, die Niederwerfung der proletarischen Revolution 1918/1919, die Entwaffnung der Arbeiter nach der Abwehr des Kapp-Putsches, der Reichswehreinmarsch und Ausnahmezustand 1923, die nahezu widerstandslose Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung, die legale und kampfbefähigte Aufrichtung der Bürgerblockregierung, das alles zeigt, daß die bloß zahlenmäßige und organisatorische Stärke des Proletariats keinen Schutz vor den schwersten Niederlagen und der härtesten Unterdrückung gewährt.

Der faschistische Terror muß durch den gemeinsamen Kampf der klassenbewußten Arbeiter aktiv zurückgeschlagen werden. Aber der Schwerpunkt der Abwehr des Faschismus liegt keineswegs in solchen Auseinandersetzungen auf der Straße. Die proletarische Mehrheit in den großen

Ist es richtig, daß die Bourgeoisie den Faschismus nicht mehr braucht?

Ist Zahl und Organisation des Proletariats eine Garantie gegen die faschistische Gefahr?

Wie ist der Faschismus zu bekämpfen?

faschistischen Organisationen kann durch eine richtige Politik gegen ihre bürgerliche Führung aufgebracht und auf die Seite der klassenbewußten Arbeiter herübergezogen werden. Aktiver Kampf der freien Gewerkschaften für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft ist dazu das beste Mittel. Wenn die Arbeiter im Stahlhelm erkennen, daß sie durch den Klassenkampf mehr erreichen als sie jemals durch Almosen oder Bestechungen von ihrer Organisation bekommen können, dann werden sie sich vom Faschismus trennen. Je breiter die faschistische Bewegung ist, desto weniger vermag sie ihren Anhängern etwas Reales zu bieten. Da aber die Gewerkschaften unter reformistischer Führung für die Arbeiter auch nichts durchsetzen, sind andererseits große Massen aus den Gewerkschaften abgeströmt und bilden als Indifferente ein Rekrutierungsfeld für den Faschismus. Stärkung und Aktivisierung der Gewerkschaften ist daher eines der wichtigsten Mittel des Kampfes gegen den Faschismus.

D. Die Rolle der SPD

Warum hat das Proletariat bisher den Vormarsch der Bourgeoisie nicht aufhalten können?

Weil die Führung der proletarischen Massenorganisationen, vor allem der Gewerkschaften, in der Hand der SPD lag, die einen wirklichen Kampf gegen die Bourgeoisie nicht führen wollte, und die KPD, die einzige wirkliche Arbeiterpartei, nicht den genügenden Einfluß auf die Massen des Proletariats hatte, um sie zum erfolgreichen Kampf führen zu können.

Ist die SPD nach ihrer Zusammensetzung nicht auch eine Arbeiterpartei?

Die SPD hatte schon vor dem Kriege vier Millionen Wähler. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1920 zusammen mit der USPD 14 Millionen (45 Prozent der abgegebenen Stimmen), im Dezember 1924 noch immer fast 8 Millionen (131 Reichstagsmandate). In den freien Gewerkschaften, die überwiegend unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, waren Ende 1922 nahezu

10 Millionen organisiert, jetzt nicht einmal mehr 5 Millionen. Von den 8 Millionen SPD-Wählern sind zirka 7 Millionen Proletarier. In der SPD sind zirka 500 000 Industriearbeiter (von zirka 800 000 Mitgliedern). Der größte Teil der Mitgliedschaft hat eine gewisse Stufe des proletarischen Klassenbewußtseins erreicht, er will durch die Zugehörigkeit zur SPD die Klasseninteressen des Proletariats vertreten. Ihrem Anhang nach ist die SPD also eine Arbeiterpartei. Eine solche Massenpartei wäre eine sichere Bürgschaft nicht nur gegen die faschistische Diktatur, sondern auch für den baldigen Sieg des Proletariats, wenn sie auch ihrer Politik nach eine proletarische Partei wäre.

Nach ihrer Politik, und zwar sowohl nach den Grundsätzen ihres Programms als auch nach ihrer Praxis ist die SPD keine proletarische, sondern eine bürgerliche Partei. Mit Recht nannten Marx, Engels und Lenin die reformistische Partei eine „bürgerliche Arbeiterpartei“, d. h. eine Partei, die die Politik der Bourgeoisie in die Reihen der Arbeiterschaft hineinträgt.

Als proletarisch kann nur eine solche Politik gelten, die die allgemeinen dauernden Interessen der Arbeiterklasse zur alleinigen Richtschnur hat. Das Klasseninteresse des Proletariats kann nicht im Rahmen der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft durchgesetzt werden, sondern nur durch die revolutionäre Umwälzung im Sinne des Kommunismus. Daher kann nur eine revolutionäre, eine kommunistische Partei, eine wirkliche Arbeiterpartei sein.

Die SPD steht nicht in grundsätzlicher Feindschaft zur bürgerlichen Gesellschaft und zum bürgerlichen Staat, sondern sie will diese Wirtschaftsordnung und diesen Staat durch Reformen für die Arbeiter erträglicher machen. Sie ist daher keine revolutionäre Partei, die gegen die bürgerliche Republik, für die Errichtung einer proletarischen

Welchen Klassencharakter hat die SPD nach ihrer Politik?

Was ist das Kennzeichen einer proletarischen Politik?

Worin zeigt sich der bürgerliche Charakter der SPD-Politik?

Republik als Uebergang zur klassenlosen Gesellschaft kämpft, sondern eine staaterhaltende reformistische Partei, die den bestehenden Staat verteidigt. Ihr Programm fordert nur den „Ausbau der Republik“, nicht die Zerstörung des bürgerlichen Staates. Da die Reformisten nur Vorteile im bestehenden Staate anstreben, ist die Mitarbeit in der Regierung, die Koalition mit bürgerlichen Parteien die Achse ihrer ganzen praktischen Politik.

Verzichtet die SPD durch den Uebergang zur Opposition auf ihre Koalitions-politik?

Nicht die SPD hat auf die Koalition mit der Bourgeoisie verzichtet, sondern die Bourgeoisie auf die Koalition mit der SPD, und auch das vorläufig nur im Reich. In den Landesregierungen, wie in Preußen, bleibt die SPD in der Koalition und bringt jedes Opfer an Arbeiterinteressen, um die Koalition zu erhalten (Zustimmung der Preußenregierung zur Aufhebung des Mieterschutzes, zur Erhöhung der Mieten und zum Arbeitszeitgesetz der Bürgerblockregierung). Der ganze Zweck ihrer Opposition im Reichstag ist, wieder in die Regierung hineinzukommen. Der Abgeordnete Keil stellte auf dem Heidelberger Parteitag das allgemeine Gesetz sozialdemokratischer Politik auf, „wenn wir in Oppositionsstellung sind, daß unsere Forderungen die Grenze nicht überschreiten dürfen, die wir einzuhalten genötigt wären, wenn wir Anteil an der Regierungsgewalt hätten“. Also auch in der Opposition sind für die SPD die Schranken der Koalitionspolitik maßgebend. Die SPD ist daher jederzeit zum Eintritt in die Regierung bereit, die Bourgeoisie aber nur dann, wenn sie die Regierungsteilnahme der SPD zur Abwehr einer revolutionären Massenbewegung nötig hat.

Vertritt die SPD wenigstens in gewissen Grenzen Arbeiter-interessen?

Die SPD sucht für Teile der Arbeiter kleine Vorteile herauszuholen. Ohne solche Erfolge, vor allem der Gewerkschaftsarbeit, würde sie allen Anhang in den Massen verlieren. Gerade darin besteht das Wesen des Opportunismus, die dauernden allgemeinen Interessen vorübergehen-

den teilweisen Interessen zu opfern. Wenn z. B. die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie für eine Arbeiterkategorie eine Verkürzung der Arbeitszeit, z. B. von 53 auf 51 Stunden in der Woche tariflich auf viele Monate festlegen läßt und die Heiligkeit eines solchen Tarifes predigt, so ist einem kleinen Teilerfolg das viel wichtigere Interesse des Gesamtproletariats an dem einheitlichen Kampf für den Achtstundentag geopfert. Oder wenn die Sozialdemokratie in jedem imperialistischen Lande die Stellung „ihrer“ Bourgeoisie auf dem Weltmarkt verteidigt, so werden dadurch zwar für eine gewisse Zeit dem Proletariat dieses Landes oder wenigstens einer Oberschicht (der „Arbeiteraristokratie“) bessere Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen verschafft, aber um den Preis verschärfter Ausbeutung und Unterdrückung der Proletarier anderer Länder und der Heraufbeschwörung imperialistischer Kriege, in denen Millionen Proletarier aller Länder zugrunde gehen.

Die Hauptstütze der SPD sind eben jene Oberschichten der Arbeiter, für die gewisse Vorteile auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft herausgeholt werden können. Das sind:

Auf welche Schichten stützt sich die SPD?

1. Hochqualifizierte Arbeiter mit einigermaßen „gehobener“ Lebenslage, darunter besonders solche, die als Familienväter u. dergl. vor dem revolutionären Kampf zurückschrecken.
2. Verbürgerlichte Arbeiter, die durch den Parteiapparat in gut bezahlte Posten der Regierung oder der Arbeiterbewegung gehoben wurden und den Zusammenhang mit dem Proletariat verloren haben.
3. Kleinbürger, Intellektuelle, höhere Beamte und Angestellte.

Diese verbürgerlichte Oberschicht, die durch die Beherrschung des Funktionärapparats maß-

Wie äußert sich diese soziale Basis in der praktischen Politik der SPD?

gebenden Einfluß in der Partei hat, wird auf 300 000 Parteimitglieder (von 800 000) geschätzt.

Die Reformisten kämpfen nicht für die Ausgleichung der Lohnspanne zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten, Männern und Frauen, Erwachsenen und Jugendlichen, sie vernachlässigen die Interessen gerade der sozial schwächsten Schichten, insbesondere der Erwerbslosen. Es gibt keine Kontrolle der unteren Parteiorganisationen über die Vertreter in Regierungsstellen, die die praktische Politik der SPD bestimmen.

Auf welcher Theorie beruht die sozialdemokratische Praxis?

Auf dem von Bernstein begründeten Revisionismus, d. h. der Theorie, daß die wichtigsten Anschauungen von Marx und Engels über die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Tatsachen widerlegt seien: Nicht Verelendung des Proletariats bei wachsendem Reichtum der Kapitalisten, sondern ständige Hebung der Lage der Massen auf dem Wege der Reformen sei die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung. Nicht die Diktatur des Proletariats sei die Uebergangsform zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern die Koalitionsregierung, nicht der Zusammenbruch des Kapitalismus und die proletarische Revolution führten zur sozialistischen Gesellschaft, sondern der Kapitalismus wachse in den Sozialismus hinein. Die SPD-Theoretiker beschönigen den Kapitalismus, sie schwärmen von einem neuen kapitalistischen Aufschwung, von einem Zustand des organisierten Kapitalismus, in dem die Widersprüche aufgehoben werden sollen und Kriege und Krisen verschwinden.

Welches Ziel stellt die SPD gegenwärtig in den Vordergrund?

Die Wirtschaftsdemokratie, d. h. das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der kapitalistischen Produktion. Nachdem die Arbeiterschaft sich davon überzeugt hat, daß ihr die bloße politische Demokratie im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung das formale Recht, „einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll“

(Marx), nicht aus dem Elend der Ausbeutung heraushilft, propagieren die Reformisten die Illusion, daß das Proletariat im Rahmen der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse durch Mitbestimmung in der Wirtschaft seine Lage bessern könnte. Inzwischen ist gerade durch die Ergebnisse der von der SPD geförderten Rationalisierung, durch die ungeheure Entwicklung der kapitalistischen Monopole, besonders deutlich geworden, daß das Proletariat in den Grenzen des Kapitalismus die Produktion nicht kontrollieren und in keiner Weise mitbestimmen kann.

1923 bestanden in der KPD solche Illusionen, daß die SPD zwar nicht mit der KPD für die proletarische Diktatur kämpfen, wohl aber gemeinsam den Kampf gegen den Faschismus führen könnte. Solche Illusionen waren eine der Ursachen der Niederlage 1923. Die SPD ist eine Anhängerin der bürgerlichen Demokratie. Zwischen dieser und der faschistischen Diktatur besteht aber kein grundsätzlicher Gegensatz. Im Namen der „Demokratie“ hat der Sozialdemokrat Ebert mehr als einmal die Diktatur der monarchistischen Generäle proklamiert. Der Reformismus findet sich in jedem Lande mit dem dort herrschenden bürgerlichen Regime ab. Die Unzuverlässigkeit der Reformisten im Kampfe gegen den Faschismus zeigt der Uebergang der italienischen Gewerkschaftsführer, Darragona u. Ko., zum Faschismus, ebenso die Rolle der preußischen sozialdemokratischen Innenminister und Polizeipräsidenten als Schützer der Faschisten gegen die Arbeiterschaft.

Eine Betrachtung außerpolitischer Fragen vom Standpunkte des internationalen Proletariats gibt es in der II. Internationale nicht. Jede reformistische Partei betrachtet die internationalen Fragen vom Standpunkt „ihrer“ Bourgeoisie. Zwischen den sozialdemokratischen Parteien äußern sich daher dieselben Meinungsverschiedenheiten, wie zwischen den herrschenden Klassen. Vandervelde hat den Versailler Vertrag

Ist die SPD ein zuverlässiger Bundesgenosse im Kampfe gegen den Faschismus?

Worin zeigt sich der bürgerliche Charakter der sozialdemokratischen Außenpolitik?

unterzeichnet, während Scheidemann schwor, die Hand sollte verdorren, die diesen Vertrag unterzeichnete. Der „Sozialist“ Paul Boncour vertritt das Militärprogramm Poincarés im Völkerbund. MacDonald deckt die Außenpolitik Chamberlains. Die SPD ist die Vorkämpferin der Westorientierung des neuen deutschen Imperialismus und bereitet durch ihre Antibolschewistenhetze den kommenden imperialistischen Krieg vor.

Warum kann die SPD trotz ihrer verräterischen Politik noch die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse beeinflussen?

1. Durch ihre Positionen im Apparat der Massenorganisationen, vor allem der Gewerkschaften.

2. Durch die sogenannten „positiven Erfolge“, die Zugeständnisse der Bourgeoisie, die in Wirklichkeit der Angst der Bourgeoisie vor ernststen revolutionären Kämpfen zuzuschreiben sind, aber als Erfolge reformistischer Kleinarbeit ausgegeben werden.

3. Durch die Tradition der alten Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, die besonders unter den älteren Arbeitern Illusionen erhält, die SPD könnte zum Klassenkampf sich zurückfinden.

4. Durch die relative Stabilisierung des Kapitalismus, die vielen Arbeitern die Revolution als eine Aufgabe der fernen Zukunft erscheinen läßt und den Irrtum nährt, daß gegenwärtig nur durch reformistische Arbeit etwas zu erreichen sei.

5. Durch die Fehler der KPD, und zwar sowohl durch die opportunistischen Fehler, die den Arbeitern den Gegensatz zwischen revolutionärer und reformistischer Politik nicht genügend klar zeigten und insbesondere 1923 zu einer großen Enttäuschung der Arbeiterschaft führten und die Loslösung vom Reformismus verzögerten, als auch durch die sektiererischen ultralinken Fehler, die Entfernung von der Arbeit in den Massenorganisationen, insbesondere in den Gewerkschaften, die Ablehnung der bolschewistischen Einheitsfronttaktik, das unkameradschaftliche, plumpe Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter,

wodurch die Spaltungsarbeit der Reformisten erleichtert wurde.

Von den verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung, die den bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat verkörpern (SPD, Christen, Demokraten, kleinbürgerliche „radikale“ Antibolschewisten), ist die SPD die stärkste, weil sie es am besten versteht, ihr konterrevolutionäres Wesen durch den Schein der Vertretung von Arbeiterinteressen zu verdecken. Eine erfolgreiche Massenbewegung des Proletariats ist unmöglich ohne die Brechung des Einflusses der SPD. Darum ist die SPD das stärkste Bollwerk, das die Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterschaft gegen die Arbeiterschaft aufgerichtet hat, ihre Überwindung die wichtigste Voraussetzung für den Sieg des Proletariats.

(Beschlüsse des Essener Parteitag, § 15—20. „Die sozialdemokratischen Parteien“, herausgegeben von E. Varga, Verlag C. Hoym).

Warum ist die SPD der Hauptfeind des revolutionären Proletariats innerhalb der Arbeiterbewegung?

Vierter Abend:

Die „linke“ SPD, die Radikalisierung der arbeitenden Massen und die Aufgaben der KPD

A. Die Rolle der „linken“ SPD

Innerhalb des internationalen Reformismus gibt es neben dem offenen Revisionismus den Zentrismus, der sich selbst als „Marxistisches Zentrum“ bezeichnete und den Anspruch erhob, den orthodoxen Marxismus zu vertreten. Der Haupttheoretiker dieser Richtung war Karl Kautsky; jetzt ist diese Richtung am stärksten vertreten durch die sogenannte österreichische

Tritt der Opportunismus nur in der Form des offenen Revisionismus auf?

Worin zeigt sich
der reformistische
Charakter der
„linken“ SPD?

Schule, den Austromarxismus, geführt von Otto Bauer, Friedrich Adler, Max Adler usw. Innerhalb der SPD ist der Zentrismus am stärksten in Sachsen, Thüringen, Frankfurt a. M., seine Anschauungen kommen zum Ausdruck in der „Leipziger Volkszeitung“, der „Frankfurter Volksstimme“ usw., die Führer dieser Richtung sind die sogenannten Linken, Paul Levi, Toni Sender, Lipinski, Saupé u. a.

Sie steht in keiner einzigen wichtigen politischen Frage im grundsätzlichen Gegensatz zum Parteivorstand der SPD. Sie lehnt eine Koalition mit Bürgerlichen nur dann ab, wenn sie fürchtet, sich dadurch zu sehr zu kompromittieren, sie ist keineswegs grundsätzlich Gegner der Koalitionspolitik. Sie erkennt in der Theorie an, daß die Hindenburg-Republik ein bürgerlicher Staat ist, in dem die Bourgeoisie die ganze Macht hat, aber sie ist nicht für den revolutionären Kampf gegen diesen Staat und für eine sozialistische Räterepublik. Sie kritisiert den Völkerbund, polemisiert gegen den bürgerlichen Pazifismus, nimmt gegen den offenen Sozialimperialismus Stellung, aber sie sieht im Imperialismus nicht die notwendige Erscheinungsform des monopolistischen Kapitalismus und führt daher auch keinen grundsätzlichen Kampf gegen den Imperialismus. Sie gibt theoretisch die Möglichkeit zu, daß das Proletariat die Macht auf revolutionärem Wege erobern und mit diktatorischen Mitteln verteidigen muß, aber ihre ganze praktische Politik ist lediglich auf den Stimmzettelkampf abgestellt und ihre Propaganda für die „reine“ Demokratie verleugnet den Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie. Sie unterstützt mit aller Kraft die antibolschewistische Kriegshetze gegen die Sowjetunion, sie lehnt die praktische Solidarität mit den nationalen Revolutionen der Kolonialvölker ab. In den Gewerkschaften geht sie mit den reformistischen Bürokraten gegen die revolutionäre Opposition. Die Einheitsfront mit den Kommunisten bekämpft sie ebenso scharf wie die Rechte.

Da die SPD-„Linke“ weder grundsätzlich noch praktisch der Rechten eine eigene Politik entgegenstellen kann, denkt sie gar nicht daran, einen ersten, konsequenten Kampf innerhalb der SPD zu führen, sie kämpft weder für die Herausdrängung der Rechten aus der Partei, noch aus der Parteiführung. Da sie also weder auf eine Aenderung der Parteilinie im Sinne des Klassenkampfes, noch auf die Abspaltung der klassenbewußten Arbeiter von der Partei des Reformismus hinarbeitet, kann ihre ganze Opposition nichts anderes bewirken als eine Bindung der klassenbewußten Arbeiter der SPD, die mit der Parteipolitik unzufrieden sind, an die Partei, also eine Stärkung und Festigung des reformistischen Einflusses. Die offizielle „linke“ SPD-Opposition ist nicht der Ausdruck der vorwärtstreibenden revolutionären proletarischen Elemente, sondern eine Abwehrstellung des Reformismus gegen diese proletarische Strömung.

Die „linke“ SPD steht in einer konterrevolutionären Front mit der rechten SPD, und daher auch mit der Bourgeoisie. Im allgemeinen und insbesondere dann, wenn die Gegensätze sich zuspitzen, ist der linke Flügel der Konterrevolution der gefährlichste. Denn er verhindert das Abströmen der Massen zur Front der Revolution. Je mehr die radikale Stimmung in der Arbeiterschaft wächst, desto mehr verstecken sich die rechten SPD-Führer hinter den linken, während sie faktisch die Führung in der Hand behalten. Auch wenn opportunistische Führer durch den Druck der Massen vorübergehend gezwungen werden, an einer revolutionären Bewegung teilzunehmen, bewirken sie durch ihre Schwankungen und ihren Verrat nur die Geschäfte der Konterrevolution (vgl. die Rolle der „linken“ SPD in Sachsen 1923).

Welchen Sinn hat
die Opposition
der „linken“
SPD-Führer?

Warum sind die
„linken“ Führer
der Hauptfeind
innerhalb der
SPD?

Sollen wir deshalb gegen die „linken“ SPD-Führer schroffer auftreten als gegen die rechten?

Sollen wir die „linke“ SPD im Kampf gegen die rechte unterstützen?

Ist der gemeinsame Kampf mit der „linken“ SPD gegen die Bourgeoisie möglich?

Der Ton unserer Polemik, die Art unseres Auftretens wird von dem einzigen Interesse bestimmt, wie wir die sozialdemokratischen Arbeiter am besten von dem verräterischen Charakter der Politik ihrer Führer, der Rechten wie der „Linken“, überzeugen und für den gemeinsamen Klassenkampf gewinnen können. Die Kennzeichnung der „linken“ Führer als „Hauptfeind“ bedeutet die Verpflichtung, mit besonderer Sorgfalt und Aufmerksamkeit ihre Politik zu verfolgen und zu bekämpfen und ihre Scheinopposition durch die Praxis der Einheitsfronttaktik zu entlarven, um so ihren Einfluß in den Massen zu brechen.

Der opportunistische Charakter der SPD-„Linken“ zeigt sich gerade darin, daß sie keinen konsequenten Kampf gegen die Rechten führen, die „Einheit“ mit den Verrätern des Proletariats verteidigen und zugleich den schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeiter richten, die in irgendeiner Frage gemeinsam mit der kommunistischen Arbeiterschaft kämpfen wollen. Die radikalen SPD-Arbeiter zwingen aber ihre schwankenden Führer zu gewissen Kampfmaßnahmen gegen die Rechten. Die „linken“ Führer tun das widerwillig, zaghaft und mit ständigen Versuchen, jeder ersten Konsequenz auszuweichen. So waren in Sachsen jahrelang offene Verstöße gegen Parteibeschlüsse notwendig, ehe man zum Ausschluß der Führer der sozialfaschistischen ASPS überging. Die Kommunisten müssen daher den Kampf der SPD-Arbeiter gegen die Rechten mit aller Kraft unterstützen und die Schwankungen der „linken“ Führer in diesem Kampf dazu ausnützen, um die sozialdemokratischen Arbeiter über den konterrevolutionären Charakter dieser Führer aufzuklären.

Die KPD erklärt sich ständig bereit, mit jeder Richtung und Gruppe innerhalb der Arbeiterschaft zusammenzugehen, wenn es dem gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie gilt. Wir wissen aber, daß die „linke“ SPD nicht als Füh-

rer der Massen, sondern nur unter dem Druck der Massen sich zu Kampfmaßnahmen gegen die Bourgeoisie entschließt und aus der Kampffront desertiert, sobald der Klassenkampf die Bourgeoisie ernsthaft gefährdet, in einen revolutionären Kampf umzuschlagen beginnt. Eben deshalb muß eine wirklich kampffähige Einheitsfront gegen die Bourgeoisie im Kampf sowohl gegen die rechten als auch „linken“ Führer der SPD geschaffen werden.

In Ländern, wo die Arbeiterschaft und die Arbeiterparteien noch wenig Erfahrungen im revolutionären Kampfe haben und infolgedessen die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus noch nicht größere Massen erfaßt hat, können sich zentristische Gruppen durch die Erfahrung des revolutionären Kampfes zum Kommunismus entwickeln, wie das z. B. in Deutschland bei der linken USP der Fall war und wie es voraussichtlich in England noch bei einem Teil der Linken in den Gewerkschaften und in der Arbeiterpartei der Fall sein wird. In Deutschland hingegen, nach einem Jahrzehnt revolutionärer Kämpfe, nach der Entstehung einer kommunistischen Massenpartei, nach dem offenen Einschwenken der SPD in die Front der Gegenrevolution und der Wiedervereinigung der zentristischen rechten USP mit der SPD sind alle diejenigen, die in der Arbeiterbewegung eine Rolle gespielt haben, schon mehr als einmal durch die Erfahrung erprobt worden, sie haben sich mehr als einmal durch die Tat gegen die Revolution entschieden, ihr Reformismus entspringt weder mangelnder revolutionärer Erfahrung, noch mangelnder theoretischer Kenntnis, sondern einer völligen Unfähigkeit zum revolutionären Denken und Handeln. Aus diesem Grunde ist es unmöglich, daß sich in der SPD oder in einem Teil von ihr die Entwicklung der USPD vor Halle wiederholt. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen werden den Weg zum Kommunismus finden, aber nur im

Ist es möglich, daß die „linke“ SPD sich wenigstens teilweise zum Kommunismus entwickelt?

Kampf gegen ihre rechten und ihre „linken“ Führer.

(Thesen des Essener Parteitags, § 21, vgl. den Artikel von M. Osten in Heft 7, Jahrg. 10, der „Internationale“.)

B. Die Radikalisierung der werktätigen Massen

Sind die sozialdemokratischen Arbeiter durchweg Reformisten?

Nur ein Teil der proletarischen Anhänger der SPD ist wirklich reformistisch gesinnt, d. h. der Ueberzeugung, daß das Los der Arbeiter im Rahmen der bestehenden bürgerlichen Ordnung auf gesetzlichem Wege ohne revolutionäre Gewalt gebessert werden kann. Ein anderer Teil, namentlich die Masse der Anhänger der „linken“ SPD, mißbilligt die Koalitionspolitik, begreift die Notwendigkeit des Klassenkampfes und fürchtet auch nicht die notwendigen Opfer des revolutionären Kampfes. Aber diese klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter glauben noch an die Möglichkeit, die SPD zu einer Klassenpartei umzugestalten, sie scheuen vor einem Bruch mit ihrer Partei zurück und stehen unter dem Eindruck der reformistischen Propaganda den Kommunisten und zum großen Teil auch der Sowjetunion mißtrauisch gegenüber.

Eine dritte Strömung, die revolutionäre, proletarische Opposition in der SPD, wagt bereits ein offenes, entschlossenes Auftreten gegen die reformistische Führung, sie geht in wichtigen politischen Fragen bereits mit den Kommunisten gegen rechte und „linke“ SPD-Führer, sie fühlt sich solidarisch mit der Sowjetunion und ist zum Bruch mit der SPD bereit, sobald sie erkennt, daß ihre Anschauungen innerhalb der SPD nicht durchzusetzen sind.

Der Hauptgrund der Radikalisierung der Arbeiterschaft, die sich u. a. in dem Auftreten der proletarischen Opposition in der SPD zeigt, ist die steigende Verelendung auf dem Boden der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. In dieser Massenverelendung, die gerade mit der Erreichung des Zieles der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, mit dem Wiederaufbau des deutschen Kapitalismus durch die Rationalisierung verbunden ist, zeigt sich am krassensten der Bankrott der reformistischen Politik. Dazu kommt die Wirkung des Beispiels der revolutionären Erregenschaften der Sowjetunion, insbesondere bei den Arbeitern, die sich von den Erfolgen der proletarischen Diktatur mit eigenen Augen überzeugen konnten.

In den zum großen Teil aus Sozialdemokraten zusammengesetzten Rußlanddelegationen, in der Teilnahme von 137 sozialdemokratischen Funktionären der Arbeiterbewegung an dem Kongreß der Werktätigen, in der Abspaltung einer Reihe von Gruppen von der SAJ, in dem Auftreten sozialdemokratischer Arbeiter auf dem Essener Parteitag, in der Bildung verschiedener Einheitskomitees (Volksentscheid, KdW) entgegen dem Willen der SPD-Führer, in dem Zusammengehen von Reichsbannerarbeitern mit Roten Frontkämpfern, in der wachsenden Opposition im Reichsbanner und stellenweisem Eintritt sozialdemokratischer Arbeiter in den RFB.

In dem Wachsen überparteilicher Massenorganisationen, wie RFB, RFMB, RH, in der Ausbreitung des politischen Einflusses der KPD, der sich z. B. bei verschiedenen Wahlen zeigte, vor allem in Sachsen im Oktober 1926 (KPD im Vergleich zu Dezember 1924 von 10 auf 15 Prozent der abgegebenen Stimmen gestiegen, die SPD von 37 auf 32 Prozent zurückgegangen. Dazwischen liegt die Präsidentenwahl vom März 1925, wo die KPD etwa 9, die SPD etwa 40 Prozent der Stimmen hatte).

(Thesen des Essener Parteitages, § 23 u. 24.)

Was ist die Grundlage der proletarischen Opposition in der SPD?

Worin äußerte sich die proletarische Opposition in der SPD?

Worin zeigt sich die Radikalisierung der Arbeiter außerhalb der SPD?

Gibt es außerhalb der Arbeiterschaft Schichten, die nicht zur Bourgeoisie gehören?

Zwischen der Bourgeoisie, die durch den Besitz der entscheidenden Produktionsmittel in der Industrie und im landwirtschaftlichen Großbetrieb die Lohnarbeiter ausbeutet, und dem Proletariat, das vom Verkauf seiner Arbeitskraft zu leben gezwungen ist, weil es keine eigenen Produktionsmittel besitzt, steht die Klasse des Kleinbürgertums. Diese besteht aus selbständigen Produzenten, aus Menschen, die mit eigenen Produktionsmitteln arbeiten, aber nicht von der Ausbeutung, sondern im wesentlichen von der eigenen Arbeit, d. h. in der kapitalistischen Gesellschaft, vom Verkauf ihrer Arbeitsprodukte oder ihrer Arbeitsleistung leben. Das sind auf dem Lande die Kleinbauern und die ärmeren Mittelbauern, in der Stadt Handwerker, Kleinhändler, selbständige Intellektuelle (z. B. Aerzte) und andere Angehörige des sogenannten Mittelstandes.

Werden die kleinbürgerlichen Schichten vom Kapital ausgebeutet?

Diese Schichten werden zwar nicht direkt ausgebeutet, da sie ihre Arbeitskraft nicht verkaufen und das Produkt ihrer Arbeit ihnen gehört, wohl aber indirekt im stärksten Maße. Dieser Teil der werktätigen Massen wird genau wie die Arbeiterklasse durch die Steuern und den Preiswucher der Monopole ausgeplündert. Dazu kommt noch die ständige Steigerung der Mieten, die Wucherszinsen der Banken, die desto höher sind, je kleiner der Kreditnehmer, für die Bauern außerdem zum Teil hohe Pachtsummen und der Druck überlieferter Privilegien des Großgrundbesitzes. Durch alle diese Umstände und den rücksichtslosen Konkurrenzkampf des Großkapitals werden zahllose kleinbürgerliche Existenzen ruiniert. Die Rationalisierung hat ebenso wie die Inflation viele Tausende in das äußerste Elend gestoßen.

Welche politischen Folgen hat die Verelendung breiter kleinbürgerlicher Schichten?

Eine wachsende Radikalisierung, die sich äußert:

1. in dem Uebergang großer kleinbürgerlicher Wählermassen der alten bürgerlichen Parteien zu neugegründeten Parteien, die vorgeben, Mittelstandsinteressen zu vertreten (z. B. bei den säch-

sischen Wahlen ein Verlust von zirka $\frac{1}{4}$ Million Wähler für die Deutschnationale und die Volkspartei an Aufwerter, Mittelstandspartei usw.).

2. Beteiligung kleinbürgerlicher Massen an vom Proletariat geführten Aktionen, wie beim Volksentscheid und KdW.

3. Wachsende Opposition in den reaktionären Bauernbünden, Abwandern von kleinen und Mittelbauern zu demokratischen und radikalen Bauernorganisationen.

(Thesen des Essener Parteitags, § 25.)

Auf dem Boden der kapitalistischen Stabilisierung entstehen unvermeidlich von der Bourgeoisie bewußt geförderte Tendenzen, die Teile des Proletariats und der Werktätigen fester an die Bourgeoisie binden.

Die Spaltung der Arbeiterschaft in Erwerbstätige, die allerdings bei übermäßiger Arbeitsleistung einen wesentlich höheren Reallohn erzielen als in der Inflationszeit, und gänzlich verelendete Erwerbslose führt in Verbindung mit den großen Lohndifferenzen, die vor allem das Akkordsystem ermöglicht, zur Schaffung einer neuen Oberschicht in der Arbeiterschaft. Diese „Arbeiteraristokratie“, die nur im Vergleich mit dem allgemeinen Elend der deutschen Arbeiterschaft eine gehobene Lebensstellung hat, ist zwar eine schmale Schicht, hat aber infolge der reformistischen Gewerkschaftsführung, die sich auf diese Elemente stützt und ihre Entwicklung begünstigt, eine große Bedeutung für die Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung. Die bürgerliche Propaganda für die „Werkgemeinschaft“ und die reformistische Arbeitsgemeinschaftspolitik sind auf diesen Tendenzen aufgebaut und fördern sie mit allen Mitteln.

Die Erfolge der Bourgeoisie bei der Stabilisierung des Kapitalismus haben Teile des Kleinbürgertums, die in der Inflationszeit bereits an der Zukunft des Kapitalismus verzweifelt und da-

Gibt es Tendenzen, die der Radikalisierung entgegenwirken?

1. Innerhalb der Arbeiterschaft.

2. Innerhalb des Kleinbürgertums.

her zum Proletariat hinneigten, oder in der völkischen Bewegung eine allerdings ziellose irgeführte Opposition gegen das herrschende System trieben, wieder in volle Abhängigkeit von der Ideologie der Bourgeoisie gebracht. Außerdem werden breite kleinbürgerliche Schichten durch scheinradikale bürgerliche Splitterparteien (Wirtschaftspartei, Aufwerter usw.) für die Interessen der Bourgeoisie eingefangen.

C. Die Aufgaben der KPD

Was ist die Grundaufgabe der KPD in der gegenwärtigen Epoche?

Kann man eine Revolution organisieren?

Die Organisation der proletarischen Revolution, die allein das weitere Versinken der arbeitenden Massen in wachsendes Elend und die Vernichtung von Millionen in neuen imperialistischen Kriegen verhindern kann.

Nach der Auffassung, die unter anderem auch Rosa Luxemburg teilweise vertreten hat, muß sich eine Revolution von selbst („spontan“) aus den objektiven Umständen entwickeln, die Partei kann dazu nichts Wesentliches tun, sie muß das Aufsteigen der revolutionären Welle abwarten und dann den Willen der revolutionären Massen durchführen. (Spontanitätstheorie.) An dieser Auffassung ist nur soviel richtig, daß objektive Bedingungen für die Entstehung einer revolutionären Massenbewegung unerläßlich sind, aber falsch ist die Meinung, daß eine revolutionäre Massenbewegung siegen kann, ohne die Organisation und Führung durch eine zielbewußte revolutionäre Partei, die systematisch in jahrelanger Arbeit der Vorbereitung alle jene organisatorischen und ideologischen Voraussetzungen schafft, die für einen erfolgreichen revolutionären Kampf notwendig sind. Das ist die Organisation der Revolution.

1. Die Schaffung einer klaren, einheitlichen, disziplinierten, in den Massen fest verankerten kommunistischen Partei.

2. Die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterschaft für die Revolution, Brechung des reformistischen Einflusses.

3. Gewinnung oder mindestens Neutralisierung großer Teile der Mittelschichten.

Das feste Fundament einer wahren Parteieinheit ist die Einheit der Grundauffassungen. Nur auf einer einheitlichen, klaren, folgerichtigen Theorie, wie es der Marxismus-Leninismus ist, kann sich eine wirklich einheitliche Partei aufbauen. Die Partei ist eine freiwillige Vereinigung von Gleichgesinnten. Wer die Grundsätze, die in den Schriften von Marx und Lenin, sowie in den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale niedergelegt sind, nicht anerkennt, für den ist kein Platz in der kommunistischen Partei. Gründliche theoretische Schulung der gesamten Mitgliedschaft ist daher die sicherste Gewähr gegen den Zerfall der Partei in Gruppen und Fraktionen.

Das organisatorische Prinzip, durch das sich die ideologische Einheit durchsetzt, ist der demokratische Zentralismus, der das volle Mitbestimmungsrecht aller Parteimitglieder mit einer straffen einheitlichen Führung verbindet. Der demokratische Zentralismus verlangt sowohl Besprechung und Entscheidung aller wichtigen Fragen in den Grundorganisationen der Partei, den Zellen, als auch die Durchführung aller Parteibeschlüsse durch alle Organisationen. Die revolutionäre Disziplin besteht darin, daß man auch die Beschlüsse vorbehaltlos durchführt, die man nicht für richtig hält. Ohne Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit gibt es keine demokratische Organisation.

Eine richtige proletarische Klassenpolitik wird nicht durch richtige kommunistische Grundsätze allein verbürgt, sondern dazu ist außerdem not-

Was sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine siegreiche proletarische Revolution?

Auf welchen Grundsätzen beruht die Einheit und Kampfkraft einer bolschewistischen Partei?

1. Leninistische Einheit.

2. Demokratischer Zentralismus.

3. Aufbau auf Betriebszellen.

Durch welche Taktik ist die Mehrheit der Arbeiterschaft für die Revolution zu gewinnen?

Schließt die Einheitsfronttaktik ein Zusammengehen mit den Reformisten aus?

Worin liegt gegenwärtig der Schwerpunkt der Arbeit für die proletarische Einheitsfront?

wendig die engste Verbindung mit den proletarischen Massen, der ausschlaggebende Einfluß des proletarischen Kerns in allen Parteinstanzen. Beides wird gewährleistet durch den Aufbau der Partei auf Betriebszellen, in Verbindung mit dem Grundsatz, daß in allen Leitungen Arbeiter aus den Betrieben (vor allem solche, die im Großbetrieb tätig sind) die Mehrheit bilden sollen.

Durch die Taktik der Einheitsfront. Diese bedeutet weder ein bloßes Manöver zur Entlarvung reformistischer Führer, noch eine Koalition mit der SPD oder ihrem „linken Flügel“, sondern die Mobilisierung der Massen mit allen Mitteln zum gemeinsamen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie.

Ein zeitweiliges Zusammengehen mit den Reformisten für bestimmte konkrete Kampfziele ist nicht nur zulässig, sondern in vielen Fällen notwendig, um eine Massenbewegung auszulösen und in dieser die Massen von den reformistischen Führern loszulösen. Die KPD darf sich aber auf irgendwelche Vereinbarungen mit den Reformisten nur dann einlassen, wenn sie dabei die volle Freiheit der Propaganda ihrer Ziele und der schärfsten Kritik an jeder reformistischen Verätherung wahrt. Ein Beispiel der richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik war die Kampagne für die Fürstenenteignung.

Der Schwerpunkt der Einheitsfronttaktik liegt nicht in den mitunter notwendigen Entlarvungsmanövern in den Parlamenten oder in offenen Briefen an die Spitzen der SPD, sondern in der gegenwärtigen Situation vor allem in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit, die es versteht, die Massen zum Kampf für ihre naheliegendsten und dringendsten Tagesforderungen zu einigen. Durch solche Arbeit allein kann das stärkste Fundament des Reformismus, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, untergraben werden und die kommunistische Partei in den Betrieben die Führung der Arbeiterschaft erlangen.

1. Noch immer wird die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit unterschätzt. Ein großer Teil der Parteimitglieder ist entgegen den Parteibeschlüssen unorganisiert. Die Durchführung der gewerkschaftlichen Kämpfe wird noch zu sehr als Aufgabe einer Fraktion statt als Aufgabe der Gesamtpartei angesehen.

2. Es mangelt noch an geschulten und fähigen Gewerkschaftsfunktionären, die sowohl die Gewerkschaftsarbeit gründlich kennen, wie auch zuverlässige Kommunisten sind. Ein guter Gewerkschaftsfunktionär ist weder derjenige, der nur allgemeine revolutionäre Reden hält, aber die Lage in seiner Industrie, in seinem Beruf, in seinen Betrieben, die Tarifverträge, die gesetzlichen Bestimmungen nicht kennt und daher den Reformisten nicht mit sachlichen Argumenten entgegenzutreten kann, noch derjenige, der es nicht versteht, klar und scharf alle grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten mit den Reformisten auszufechten und die praktischen Fragen mit den grundsätzlichen politischen Fragen zu verbinden.

Um die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften muß ein breiter Kreis von Sympathisierenden gesammelt werden, die nicht von Anfang an mit dem ganzen kommunistischen Programm einverstanden sind, die aber in den praktischen Fragen der Gewerkschaftsarbeit den Kommunisten näherstehen als den Reformisten. Solche Fragen, in denen die Kommunisten einen breiten Kreis von Sympathisierenden gewinnen können, sind die folgenden:

1. Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieverbände.

2. Kampf für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, für Achtstundentag und Lohnerhöhung, gegen die Unterwerfung unter das Diktat der Schlichtungsinstanzen.

3. Gegen jede Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik.

Was sind die Hauptfehler der bisherigen Gewerkschaftsarbeit?

Auf welcher Grundlage soll die Opposition in den Gewerkschaften gesammelt werden?

4. Einheitsfront der Arbeiter im Betrieb mit den Erwerbslosen.

5. Internationale Gewerkschaftseinheit, Solidarität mit der Sowjetunion.

6. Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr.

In welchem Verhältnis soll die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zur gesamten Linksbewegung stehen?

Die Gewerkschaftsopposition muß zum Kristallisationspunkt aller Kräfte werden, die sich gegen die Diktatur des Finanzkapitals, gegen den Bürgerblock, wenden. Da aller Wahrscheinlichkeit nach sich große politische Kämpfe aus den wirtschaftlichen entwickeln, diese mindestens in der Entfaltung des politischen Kampfes eine gewaltige Rolle spielen, ist es notwendig, die Bildung eines linken Flügels der Arbeiterbewegung mit der Schaffung einer revolutionären Massenopposition in den Gewerkschaften zu verbinden.

Mit welchen Mitteln sind die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen?

Teils als Erfolg der reformistischen Hetze, teils auch als Folge eines falschen sektiererischen Kurses der Partei besteht vielfach noch in Betrieb und Gewerkschaft eine tiefe Kluft zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern. Diese Kluft durch sachliche, kameradschaftliche Aussprache, ohne Verwischung und Verleugnung grundsätzlicher Gegensätze zu überbrücken, ist eine der wichtigsten Aufgaben. Durch Diskussionsversammlungen, Sympathisierendenversammlungen, Aussprachen jeder Art, direktes Herantreten an lokale Organisationen, Schaffung von Einheitskomitees in den Betrieben für bestimmte, insbesondere gewerkschaftliche Aufgaben muß die proletarische Opposition in der SPD gestärkt, die Gewerkschaftsopposition verbreitert und die Einheitsfront von unten begründet werden.

Genügt die Mehrheit der Arbeiterschaft zum Siege über die Bourgeoisie?

In Deutschland sind von 33 Millionen Erwerbstätigen zirka 16 Millionen Arbeiter, also die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung. Infolgedessen spielt hier die Frage der Mittelklassen keine so große Rolle wie in rückständigeren Ländern (Rußland, China). Dennoch wäre es eine

Illusion zu glauben, daß das Proletariat isoliert von der gesamten Volksmasse gegen den geschlossenen Widerstand nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch der Bauernmasse und des städtischen Mittelstandes die Macht erobern und behaupten kann. Insbesondere könnte die Ernährung der Städte in Gebieten, wo der Klein- und Mittelbetrieb in der Landwirtschaft vorherrscht, nicht gegen den Widerstand der Bauern gesichert werden. Daher ist ein Bündnis aller Werktätigen unter Führung des Proletariats und seiner Partei, vor allem ein festes Bündnis der Arbeiter und Kleinbauern eine unerläßliche Voraussetzung des proletarischen Sieges. Die Ausbeutung und Unterdrückung des gesamten arbeitenden Volkes durch die Diktatur des Finanzkapitals schafft die objektiven Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Bündnisses gegen die Bourgeoisie.

Die Reformisten glauben durch Anpassung an kleinbürgerliche Vorurteile die werktätigen Mittelschichten gewinnen zu können. Durch eine kleinbürgerliche Politik werden aber diese Schichten nicht für den gemeinsamen Kampf mit dem Proletariat gewonnen, sondern das Proletariat wird dadurch zusammen mit dem Kleinbürgertum vor den Karren der Bourgeoisie gespannt. Im Zeitalter des Imperialismus, wo das kapitalistische Monopol Tag für Tag tausende kleinbürgerliche Existenzen vernichtete, ist der rücksichtslose Kampf gegen den Monopolkapitalismus, wie ihn nur das Proletariat unter Führung seiner revolutionären Partei führen kann, auch die einzige Rettung für die nichtproletarischen werktätigen Schichten.

Die proletarische Revolution schützt die werktätigen Mittelschichten vor der Gefahr des Ruins und der Verelendung, die ihnen im Kapitalismus sicher sind, aber sie sichert keineswegs die dauernde Existenz dieser kleinbürgerlichen Klassen. Sie werden ebenso wie Bourgeoisie und Prole-

Kann man Kleinbürger gewinnen, ohne in kleinbürgerliche Anschauungen zu verfallen?

Kann das Proletariat Kleinbürgern und Bauern ihre Existenz als Klasse sichern?

Ist die proletarische Revolution eine Revolution des Proletariats allein?

Muß das Proletariat mit der Aufnahme des revolutionären Kampfes bis zum Ende der Stabilisierung des Kapitalismus warten?

(Thesen des Essener Parteitages, § 35—49.)

tariat in der klassenlosen Gesellschaft aufgehen. Dieses Verschwinden als Klasse ist keine Drohung, sondern eine Hoffnung gegenüber dem im kapitalistischen System unvermeidlichen Ruin. Der Kampf im Interesse aller Werktätigen ist ein Teil des Kampfes für den Sozialismus.

Ist die proletarische Revolution eine Revolution des Proletariats allein?

Die Revolution, die im Zeitalter des Imperialismus auf der Tagesordnung steht, kann nur unter der Führung des Proletariats, nur als sozialistische Revolution siegen, aber nicht durch den isolierten Kampf des industriellen Proletariats, sondern durch einen breiten Massenkampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten unter Führung des revolutionären Proletariats. Darum spricht Lenin von der „Volksrevolution“.

Muß das Proletariat mit der Aufnahme des revolutionären Kampfes bis zum Ende der Stabilisierung des Kapitalismus warten?

Die Dauer der Stabilisierung hängt nicht allein von objektiven Bedingungen ab, sondern auch von dem Maße, in dem sich das Proletariat der wachsenden Ausbeutung, auf der diese Stabilisierung begründet ist, widersetzt. Massenkämpfe zur Abwälzung der Lasten der Stabilisierung und Rationalisierung von den Schultern der Werktätigen sind das geeignete Mittel zur Sprengung dieser relativen Stabilisierung. Darum muß sich hier von allem in der Entfesselung und Führung der Tageskämpfe die KPD als Organisatorin der Revolution bewähren.

(Thesen des Essener Parteitag, § 35—49.)

Elementar-Bücher des proletarischen Klassenkampfes

Band 1:

Die Gewerkschafts- Bewegung

Ein Leitfaden für die proletarische
Gewerkschaftsarbeit von
AUGUST ENDERLE

A U S D E M I N H A L T :

Geschichte und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung / Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf? Krise und Rationalisierung: Ursachen der Krisen. Krisen im aufsteigenden oder zerfallenden Kapitalismus. Welche gewerkschaftlichen Schlußfolgerungen müssen aus dieser Sachlage gezogen werden? Die Wirtschaftsdemokratie / Unsere Stellung zu den aktuellen gewerkschaftlichen Tagesfragen: Tarifverträge. Schlichtungswesen. Streikstrategie. Industrieverbände. Betriebsräte und Gewerkschaften. Die Arbeitslosenfrage / Zweck der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften: Aufbau der Fraktionen. Fraktionen und Verbandsstatut. Fraktion und Gewerkschaftswahlen. Auftreten der Fraktionen in gewerkschaftlichen Versammlungen. Fraktionsarbeit und Herausbildung eines linken Flügels in der Gewerkschaftsbewegung.

145 Seiten

Preis 2 Mark

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten

Berlin SW 61

G. m. b. H.

Planufer 17

ELEMENTARBÜCHER : KOMMUNISMUS

<p>Band 1 MARX — ENGELS Das kommunistische Manifest Mit Vorwort und Fremdwörter- Verzeichnis von Dr. H. Duncker</p> <p>80 Seiten Mk. —.60</p>	<p>Band 2 KARL MARX Lohnarbeit und Kapital. Mit einer Einleitung und Fremd- wörterverzeichnis v. Dr. H. Duncker</p> <p>40 Seiten Mk. —.60</p>
<p>Band 3 KARL MARX Lohn, Preis und Profit. Vortrag, gehalten 1865 im Generalrat der „Internationale“. Mit Vorwort u. Fremdwörterverzeichnis von Dr. H. Duncker und 2 Artikeln von Friedrich Engels als Anhang.</p> <p>80 Seiten Mk. —.90</p>	<p>Band 4 KARL MARX Briefe an Kugelmann Mit einer Einleitung von N. Lenin</p> <p>94 Seiten vergriffen Neuaufgabe in Vorbereitung</p>
<p>Band 5 FERD. LASSALLE Über Verfassungswesen. Zwei Vorträge, gehalten in Berliner Bürger-Bezirks-Vereinen, und ein offenes Sendschreiben. Mit einer Einleitung von F. Mehring und Fremdwörter-Verzeichnis als Anhang.</p> <p>86 Seiten Mk. —.60</p>	<p>Band 6 FERD. LASSALLE Arbeiterprogramm Mit einer Einleitung v. F. Mehring und Fremdwörter-Verzeichnis von Dr. H. Duncker</p> <p>58 Seiten Mk. —.50</p>
<p>Band 7 ENGELS — RADEK Die Entwicklung des Sozialismus zur Wissenschaft und Tat. Mit Vorwort, Fremdwörter- und Per- sonenverzeichnis v. Dr. H. Duncker</p> <p>91 Seiten Mk. —.70</p>	<p>Band 8 FRIEDRICH ENGELS Der deutsche Bauernkrieg Mit Anhang: Die Mark, von Fr. Engels und andere Beigaben Mit 28 Illustrat. aus der Zeit.</p> <p>184 Seiten. Brosch. 2.—, geb. 3.—</p>
<p>Band 9 N. LENIN Die Kinderkrankheit des „Radi- kalismus“ im Kommunismus</p> <p>152 Seiten Mk. 1.20</p>	<p>Band 10 N. LENIN Staat und Revolution</p> <p>126 Seiten Mk. 1.20</p>

VEREINIGUNG INTERNATIONALER VERLAGS-ANSTALTEN
BERLIN SW61 G. M. B. H. PLANUFER 17

Druck: Uns-Produktivgenossenschaft Leipzig

45H 26441

**END OF
TITLE**